Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression

Zur ökonomischen Motivation der Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande 1940

Wer sich über die Motive, die strategische Planung und letztlich über die Durchführung der deutschen Intervention in Luxemburg, Belgien und Holland im Jahre 1940 unterrichten will, wird in der historiographischen Literatur auf eine Fülle akribisch zusammengetragener Fakten stoßen, die, grob umrissen, folgenden Tatbestand sichern:

1. Ungeachtet der deutscherseits bei Kriegsausbruch garantierten Neutralität der besagten Staaten¹ beschloß Hitler Ende September/Anfang Oktober 1939 – wobei er sich, nach verbreiteter Meinung, in »seinen Überlegungen offenbar von strategisch – militärischen Gründen (hatte) leiten lassen«² – die Verletzung ihres Hoheitsgebietes, um dieses als Aufmarschbasis gegen Frankreich und die Kanalküste zu benutzen. Das Ziel dieser Aktion war gemäß der entsprechenden Führerdenkschrift vom Oktober 1939: »Vernichtung der Kraft und Fähigkeit der Westmächte, noch einmal der staatlichen Konsolidierung und Weiterentwicklung des deutschen Volkes in Europa entgegenzutreten zu können«³.

2. Aufgrund des unabänderlichen Beschlusses Hitlers wurden mehrfach modifizierte Aufmarschanweisungen zur militärischen Erledigung dieses sogenannten Falles Gelb herausgegeben.

3. Das Eintreten des Falles Gelb wurde von Hitler für den Spätherbst 1939 projiziert und nach 29maliger Verschiebung auf den 10. Mai 1940 festgelegt, nachdem vorher Dänemark und Norwegen in deutscher Hand sein sollten.

4. Nach der geglückten Blitzkriegaktion, allenthalben als geniale Feldherrenleistung des Führers bewundert, wurden die besetzten Territorien unter militärische bzw. zivile deutsche Verwaltung gestellt.

Eine Reduzierung der Okkupation auf diese rein strategisch-operativen Vorgänge greift aber wohl zu kurz. Vielmehr dürfte eine Reihe von Faktoren das Geschehen präjudiziert und in seinem Ablauf entscheidend mitbestimmt haben, die in anderen Bereichen, z. B. in machtpolitisch-rassischen und – nicht an letzter Stelle – in ökonomischen zu suchen sind. Nicht nur bei Hitler, sondern innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt waren verschiedene Modelle eines deutschen Hegemonialraumes in Europa entworfen worden, die übereinstimmend auf dem Grundgedanken einer wie auch immer gearteten Einigung des germanisch-rassischen Siedlungsgebietes basierten⁴. Im Mai und Juni 1931 hatte Hitler bereits dem Chefredakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten, Richard Breiting, in vertraulichen Gesprächen zu erkennen gegeben, daß er z. B. Belgien nur als ein künstliches »Staatsmonstrum« verstand, »wo die Monarchie und die Religion versuch(t)en, das Gleichgewicht zwischen Flamen und Wallonen herzustellen«. Die Flamen sprächen »aber dieselbe Sprache wie die Niederländer, und eine Spaltung dieser beiden germanischen Länder« werde »nur durch Monarchie und Religion aufrechterhalten«⁵. Gegenüber Hermann Rauschning entwickelte der nationalsozialistische Reichskanzler, gerade ein Jahr im Amt, seine Lebensraum-Konzeption, die nicht nur von einer Herrschaft »im Osten . . . bis zum Kaukasus oder bis zum Iran« ausging, in die vielmehr auch »im Westen die französische Küste« und »Flandern und Holland« einbezogen waren⁶.

In diesem Lebensraumprogramm besaßen ökonomische Fragen bekanntlich eine besondere Relevanz. Daß dieser Lebensraum im Verständnis des Nationalsozialismus zwar primär über eine östliche, daneben aber auch über eine westliche Dimension verfügte, beweist u. a. eine Schrift aus der Frühzeit nationalsozialistischer Herrschaft, in der es heißt: »Der deutsche Nationalsozialismus ist der bewußte und unbeschränkte Anspruch des deutschen Volkes auf staatliche, kulturelle und *wirtschaftliche*⁷ Verwirklichung seines durch die Einheit von Glauben, Blut, Geschichte, Landschaft und Sprache bestimmten Seelentums innerhalb eines *unbegrenzten* Herrschaftsraumes, dessen Mitte das alle deutschen Stämme umfassende Reich bildet⁸.«

Für die Gewichtigkeit ökonomischer Überlegungen bei der Planung und Durchführung der Okkupation Luxemburgs und in verstärktem Maße Belgiens und der Niederlande, sprechen insbesondere zwei Tatsachen: Einmal hatte Hitler in einer Lagebesprechung gegenüber dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Raeder, »die Bedeutung des Wirtschaftskrieges neben dem rein militärischen Krieg voll an (erkannt)«⁹, zumal führende Militärs im Oktober 1939 noch davon ausgingen, England und Frankreich beschränkten sich – so Admiral Raeder – »auf die Führung eines auf lange Dauer durchzuhaltenden *Propaganda- und Wirtschaftskrieges*«, währenddem die Feindmächte einen erheblichen Druck auf Belgien und die Niederlande ausüben würden¹⁰. Praktisch geschah dies auch sehr wirkungsvoll durch die Kontrolle der für diese Länder bestimmten Seetransporte, die man in englischen Häfen um *die* Frachten bzw. um *die* Mengen erleichterte, die nach englischer Auffassung für Deutschland hätten bestimmt sein können.

Die Kriegsmarine hatte daher in einer Hitler übermittelten Denkschrift »Vorüberlegungen zu den Problemen der Wirtschaftskriegführung und zur Schaffung einer einheitlichen Führungsorganisation der Seekriegsleitung« angestellt, in der sie »die gleiche Methode brutaler Wirtschaftskriegführung« vorschlug¹¹. Die Funktion des so benannten Wirtschaftskrieges wurde klar definiert:

»1. Schutz und Förderung der eigenen Kraftquellen des deutschen Volkes mit dem Ziel, ein unbegrenztes Durchhalten der deutschen Kriegführung zu gewährleisten. 2. Lahmlegung der gegnerischen Wirtschaft und Zerschneidung der wirtschaftlichen Beziehungen des Gegners zu anderen Staaten mit dem Ziel, seinen Kampfwillen in kürzester Zeit zu zerstören und seine Friedensbereitschaft zu erzwingen¹².«

Konkret hieß dies: Abschneiden Großbritanniens und Frankreichs von der Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhr aus den neutralen Staaten des europäischen Festlandes und Skandinaviens, die »*Aufrichtung einer Art Kontinental Sperre*«, verbunden mit einer auf lange Sicht zu betreibenden »völligen *Neuordnung* des europäischen Handels, die die deutschen und neutralen Interessen im gesamteuropäischen Raum in Einklang bringen muß(te)«¹³.

Zur erfolgreichen Durchsetzung einer derart konzipierten Wirtschaftskriegführung verblieb letztlich in der Wahl der Mittel einzig ein massiver Druck, ein Druck, mittels dessen der »Führer . . . seine Autorität voll einsetzen« wollte¹⁴. Art und Umfang dieser Pression richteten sich nach der geographischen wie wirtschaftspolitischen Lage des entsprechenden neutralen Staates und vor allem nach der Intensität seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und damit nach dem »Umfang der Abhängigkeit der eigenen Kriegswirtschaft« von diesem Land¹⁵. Während man in Berlin die Überzeugung hegte, auf die nordischen Staaten relativ leicht einen wirkungsvollen politisch-wirtschaftlichen Druck ausüben zu können, sah Hitler aber letztlich keine andere Möglichkeit, den lebhaften Handel Belgiens und der Niederlande mit Frankreich und Großbritannien zu unterbinden und statt dessen deren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich enger zu gestalten, »außer durch die Eroberung« dieser Territorien¹⁶.

Obwohl Hitler der Überzeugung war, Belgien und die Niederlande seien »an der Aufrechterhaltung ihrer Neutralität interessiert«¹⁷, mußte er doch befürchten, England und Frankreich könnten beide Staaten derart in der Ausübung ihres weltweiten Handelsverkehrs behindern, daß die Binnenwirtschaft gefährdet und die Regierungen in Brüssel und Den Haag notgedrungen ihren neutralen Standpunkt zugunsten einer Anlehnung an die beiden Feindmächte verlassen würden. Daher war »in Bezug auf die Aufrechterhaltung der belgisch-holländischen Neutralität die Zeit kein Faktor, der eine für Deutschland günstige Entwicklung« versprach¹⁸. Eine als wahrscheinlich angenommene politisch-ökonomische Umorientierung auf England/Frankreich wertete Hitler aber als ersten Schritt in Richtung auf eine britisch-französische Invasion, die die für die deutsche Kriegführung rüstungswirtschaftlich bedeutendste Region, nämlich das Industriegebiet an Rhein und Ruhr, seines natürlichen Schutzes gegen Fern-Artillerie und in beschränktem Umfang selbst gegen Flugzeugangriffe beraubte. Einer solchen Bedrohung wollte man sich in Berlin nicht aussetzen, denn »für jede erfolgreiche Führung des Krieges« mußte »die Intakthaltung der Produktion des Ruhrgebietes« Voraussetzung sein¹⁹.

Wenn Hitler in seiner bekannten Oktober-Denkschrift ein unter deutscher Besatzung stehendes Belgien und Holland vornehmlich in seiner strategischen Bedeutung für die Kriegführung gegen die britischen Inseln würdigte, so ließ er dennoch, im Blick auf eine schwerpunktmäßig von der Luftwaffe zu tragende Eroberung Großbritanniens, die mit einem wesentlich verkürzten Anflugweg verbundenen ökonomischen Vorteile nicht außer acht, Vorteile, die angesichts der angespannten Treibstofflage in Deutschland nicht unterschätzt werden durften. Denn, so argumentierte er, je 1000 kg Brennstoff-Ersparnis kamen »nicht nur der nationalen Wirtschaft zugute, sondern sie bedeute(te)n für das Flugzeug als Nutzlast 1000 kg mehr Sprengstoff, das heißt also statt 1000 kg Transportleistung 1000 kg Wirkung«. Des weiteren mußte die verkürzte Anflugstrecke »zu einer Einsparung an Flugzeugen, zu einer Schonung der Maschinen und vor allem zu einer Erhaltung kostbaren Soldatenblutes« führen²⁰.

Was die geplante Besetzung des Großherzogtums Luxemburg betrifft, so konnten hier militärisch-strategische Momente kaum bestimmend wirken. Es galt vielmehr primär, die gegebenen natürlichen wirtschaftspolitischen Verflechtungen zwischen dem zu annektierenden Lothringen und dem angrenzenden Zwergstaat der deutschen Kriegswirtschaft nutzbar zu machen.

Die andere, ökonomisch begründete Erklärung der Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande fußt auf der neueren Theorie zur Ökonomie und Strategie im NS-Staat, wonach die Blitzkriegkonzeption nicht mehr unangefochten als genialer strategischer Plan gilt, nachdem der englische Historiker Tim Mason sie als einzige militärische Möglichkeit in einer *kriegsuntüchtigen* Wirtschaftslage charakterisiert hat²¹. Geht man diesem Gedanken einmal nach, dann kann man auch die Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande unter ganz anderen, als ausschließlich und vordergründig militärstrategischen Aspekten betrachten. Die Okkupation diene dann

1. der kurzfristigen Überwindung einer in ihren ungeheueren Ausmaßen von der Historiographie noch nicht voll erkannten ökonomischen und rüstungspotentialen Krise des Dritten Reiches und

2. langfristig der Schaffung eines wirtschaftlich autarken mitteleuropäischen Lebensraumes unter deutscher Hegemonie als Vorstufe eines gesamteuropäischen Großraumes unter Einschluß der UdSSR bis zum Ural.

Diesen Thesen liegt die Auffassung zugrunde, daß die Besetzung der erwähnten Staaten sowohl das Resultat der Entschlossenheit des NS-Regimes zur Durchsetzung eines machtpolitischen Zieles mit militärischen Mitteln, als auch bestimmter ökonomischer Notwendigkeiten darstellt. Für solche ökonomischen Zwänge zum Überfall auf die

zur Diskussion stehenden Staaten spricht eine Vielfalt von Indizien²².

Der erwiesenermaßen massive Widerstand hoher Militärs gegenüber Hitlers Plänen einer Westoffensive durch die hier zu behandelnden Länder resultierte nicht allein aus der Furcht vor der moralischen Belastung durch die eklatante Mißachtung der Neutralität fremder Staaten, wie sie bereits im Ersten Weltkrieg spürbar geworden war. Er entsprang vielmehr auch dem Wissen um den völlig unzureichenden Rüstungsstand und der Kenntnis der ausgesprochen desolaten gesamtwirtschaftlichen Situation, die bereits vor dem Polenfeldzug bestand. Führende Offiziere, so der Generalquartiermeister des Heeres, Wagner, der Chef des Generalstabes des Heeres, Halder, und der Chef des Wehrwirtschaftsamtes (ab November 1939 Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt), Thomas, bezeugen für den Herbst 1939 übereinstimmend die hohe Fehlrate z. B. an Munition, setzte man als Berechnungsmaßstab eine als notwendig erachtete Bevorratung von vier Monaten:

Pistolenpatronen etwa	70 %
Infanteriepatronen etwa	60 %
2 cm Flak etwa	70 %
2 cm Kampfwagen-Kanonen etwa	95 %
leichte Granatwerfer	88 % ²³ .

Die Munitionsproduktion hätte auch dann nicht intensiviert werden können, »wenn Stahl vorhanden« gewesen wäre. Hier aber herrschte in Deutschland ein Defizit von monatlich 600 000 t²⁴. Nicht anders sah es bei den Kraftfahrzeugen aus: »Die Ersatzteil- und Bereifungslage (war) katastrophal²⁵.« Die Lkw-Produktion für die Wehrmacht deckte im Februar 1940 »nicht den laufenden Verbrauch, geschweige denn (etwaige) Operations- und Gefechtsverluste«, so daß Halder ernsthafte Vorkehrungen für eine Entmotorisierung der Armee traf, um den Westfeldzug mit Pferdegespannen als Transportmittel durchzuführen, ein Vorhaben, das nun wiederum an dem Mangel an Pferden, Futter, Leder und Wagen scheiterte²⁶.

Im Übergang von 1939 zu 1940 wurden der Rüstungswirtschaft im Blick auf den Westfeldzug und auf eine Invasion in Großbritannien drei Schwerpunkte gesetzt, nämlich die Steigerung des Munitions-, des Ju 88- und des U-Boot-Programms, deren Durchführung jedoch – wie die des gesamten Fertigungsprogramms der Wehrmacht – wegen der »Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes, nicht voll ausreichender Rohstoffzuweisung, Einschränkung im Kohlen- und sonstigen Energieverbrauch sowie durch die Transportlage« erheblichen Einschränkungen unterlag²⁷. Ende 1939/Anfang 1940 zeichnete sich insgesamt eine immer stärkere Rohstoffknappheit ab, als deren Folge die Aufrüstungsvorhaben der Wehrmacht wachsenden Terminverschiebungen begegneten. Von einer Bevorratung für den Fall eines *längeren* Krieges konnte überhaupt keine Rede sein. Bei der Kohleversorgung entstand Anfang 1940 »eine ganz ungeheure Not in den Großstädten, weit mehr« – so schrieb Wagner an seine Frau – »als man weiß; die Leute frieren, die Heranschaffung von Lebensmitteln ist schwierig . . . , wie ja überhaupt die Wirtschaft augenblicklich ein recht schwieriges Problem ist«²⁸. Diese Mangellage resultierte aus den Transportschwierigkeiten, die im Januar 1940 ihren Höhepunkt erreichten, als zu der hohen Fehlrate an Lokomotiven und Eisenbahnwagen infolge ungewöhnlichen Kälteeinbruches die weitgehende Unbefahrbarkeit der Wasserstraßen hinzutrat. Der Versuch des Beauftragten für den Vierjahresplan, Göring, durch Setzung von Prioritäten dem Versorgungschaos auf dem Kohlesektor entgegenzusteuern, indem der Hausbrand vor die Bedarfsdeckung der rüstungs- sowie der lebenswichtigen Betriebe rückte, vermochte den Versorgungsengpaß nicht zu beseitigen²⁹.

Am 1. Mai 1940 waren die Eisenerzvorräte auf etwa $\frac{3}{5}$ ihres Standes vor Kriegsbeginn zusammengeschrumpft, obgleich man die Roheisenproduktion seit 1939, also unge-

achtet des bevorstehenden Polenfeldzuges, um 20 % gedrosselt hatte³⁰.

Die einschneidendsten Engpässe auf dem Rohstoffsektor herrschten bei Zinn, Kupfer und Kautschuk, ferner bei den Stahlveredelungsmetallen Chrom, Molybdän und Wolfram. Folglich galt es, ungeachtet dessen, »daß die von der früheren 10. Armee in Polen erbeuteten Rohstoffmengen eine wesentliche Entlastung unserer Rohstoffsorgen gebracht« hatten, durch Beschränkung der Anforderungen der Wehrmacht und damit durch sparsamstes Haushalten die vorhandenen Vorräte soweit als möglich zu strecken.

Im Mineralölbereich vermochte man lediglich durch die Einschränkung des innerdeutschen Autoverkehrs den Wehrmachtsbedarf, wenn auch nur für die ersten Kriegshandlungen, in ausreichendem Umfange zu decken. Bei Dieselkraftstoff war im Dezember 1939 die Lücke bereits wieder so groß, daß es notwendig wurde, die von der Wirtschaft verwendeten Dieselmotoren nach Möglichkeit zu drosseln. Die vertraglich von Rumänien zugesicherte Einfuhrmenge von monatlich 100 000 t Rohöl würde – so kalkulierte man jedenfalls bei der Wehrmacht – »wahrscheinlich infolge der Transportschwierigkeiten nicht erreicht werden können«³¹.

Bei Nahrungsmitteln herrschte eine Auslandsabhängigkeit von 20 %, ein Zustand, der sich in absehbarer Zeit nicht ändern ließ, weil die abgewirtschafteten Devisenbestände entsprechende Importe verboten³².

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich in der Fettversorgung, die unter einem Mangel von rund 50 % litt. Zwar hatte sich durch den Polenfeldzug mit der Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Agrarüberschußgebiete die Versorgungslage auch auf dem Lebensmittelsektor wesentlich gebessert, doch mangelte es weiterhin an Futtergetreide, das man vor der Blockade aus dem Ausland bezogen hatte, so daß mit einem Rückgang der deutschen Viehwirtschaft, d. h. mit einer Reduzierung der Fleisch- und Milcherzeugnisse gerechnet werden mußte. Die englische Blockade führte darüber hinaus zu Mangelercheinungen bei Düngemitteln, was einen allgemeinen Ertragsrückgang für die Landwirtschaft erwarten ließ.

Die deutsche Rüstungswirtschaft litt seit Jahren, besonders schwer aber seit Beginn des Krieges, unter einem permanenten Leistungsrückgang, verursacht durch die Reparaturanfälligkeit der voll ausgelasteten Maschinen und ganz allgemein durch die völlig unzureichenden Produktionsmittel, insbesondere bei den Werkzeugmaschinen. Die im Blick auf eine Invasion in Großbritannien forcierten U-Boot- und Minenprogramme verschärften die Situation. Auch in diesem Falle konnten ausschließlich Auslandkäufe zu einer Überwindung der Engpässe führen, wobei Belgien sich als bevorzugter Maschinen-Lieferant anbot.

Hinzu trat ein Produktionsabfall durch die seitens des NS-Regimes geduldete Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskräfte als Folge der seit 1938 üblichen Arbeitszeit von über 48 Stunden pro Woche. In Vorbereitung des Polenfeldzuges wurden der Wirtschaft erhebliche Arbeitskräfte entzogen, so daß Ende 1939 allein der Rüstungsindustrie rund 100 000 Facharbeiter zur Durchführung der militärischen Fertigungsprogramme fehlten³³. Zu Beginn des Jahres 1940 häuften sich in den Betrieben Klagen über mangelnde Arbeitsdisziplin, über unentschuldigtes Fehlen oder Krankfeiern sowie über den Widerstand der Arbeiter gegen Sonntagstätigkeit. Die sich im November 1939 auf 350 bis 400 000 belaufenden Dienstverpflichteten fielen insgesamt durch ihre schlechte Arbeitsmoral auf. Innerhalb dieser Gruppe zeichneten sich die Ehefrauen von Einberufenen aufgrund des ihnen vom Staat gewährten relativ hohen Familienunterhalts durch besondere Arbeitsunlust aus³⁴. Die Hoffnung auf eine Entspannung auf dem Arbeitskräftemarkt aufgrund eines Führerbefehls vom Januar 1940, wonach seitens der Truppe für die Rüstungsbetriebe dringend benötigte Fachkräfte freizustellen waren, trog, da auf der anderen Seite im Zuge der Vorbereitungen des

Westfeldzuges wieder Arbeiter aus den Betrieben heraus zu den Waffen gerufen wurden. Die angespannte Lage auf dem Arbeitskräftemarkt wird erhellt durch die Tatsache, daß es mit der Mobilmachung zum Krieg nicht, wie vorgesehen, gelang, den Rüstungsbetrieben das in den Mob-Plänen vorgesehene Verstärkungspersonal an Facharbeitern zuzuweisen, das für die geplante Einrichtung einer zweiten oder gar dritten Arbeitsschicht notwendig gewesen wäre, weshalb »die mengenmäßige Ausbringung an Kriegsgerät und an Munition nicht« den militärischen Erfordernissen entsprach³⁵. Anfang Mai 1940 blieb dem Regime keine andere Wahl, als die Arbeitszeit in den Rüstungsbetrieben offiziell auf 60 Wochenstunden zu erhöhen, nachdem man inoffiziell längst schon so lange arbeitete.

Was lag also näher, als den Blick auf die Nachbarländer zu richten, die eine hohe Arbeitslosenziffer aufwiesen, wie etwa Luxemburg, Belgien und die Niederlande? Doch warnten auch führende Militärs und maßgebende Politiker – in Anbetracht unterschiedlicher Kriegszielprojektionen – vor einer solchen Lösung der rüstungsökonomischen Probleme. Allein auf Versailles fixiert, lediglich die Restauration des Status quo ante mit militärischen Mitteln anstrebbend, prophezeiten sie als Folge des Bruches der Neutralität Belgiens, Luxemburgs und Hollands eine Abkehr der verbleibenden neutralen europäischen Staaten vom Reich, so daß dieses »– auch wirtschaftlich – mehr und mehr isoliert werden« mußte, also ökonomisch eher verlor als gewann. In der aus bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkrieges geborenen Furcht vor einem neuen Stellungskrieg mit seinen ungeheuren Materialschlachten rechnete man nämlich mit »erheblich höhere(n) Anforderungen auf allen Wirtschaftsgebieten«³⁶. Daher erhoben sich militärischerseits Stimmen, die von einem Angriff auf Frankreich und England unter Verletzung der Grenzen der besagten neutralen Staaten abieten, weil diese militärische Anstrengung wiederum wertvolles Material verschlingen mußte. Sie plädierten statt dessen für eine Verschiebung des Angriffs zum Zwecke einer intensiveren Aufrüstung und empfahlen eine Politik, die die andere Seite zum Angriff herausfordern sollte. Sie wiesen darauf hin, »daß wir bei abwartender Haltung nicht unerhebliche Teile der Wehrmacht entlassen und dem Wirtschaftsleben wieder zuführen könnten . . . So dürften gerade die Vorbereitungen auf einen Wirtschaftskrieg, auf den England, wenn der Kriegszustand bestehenbleibt, *in keinem Falle* verzichten wird, fordern, daß keine militärischen Operationen eingeleitet werden, die unsere Lage außenpolitisch und damit auch *wirtschaftlich* verschlechtern müssen, daneben aber zugleich eine erhöhte Beanspruchung unserer Wirtschaft bedeuten«³⁷.

Hitler wies solche Gedankengänge weit von sich. Er war fest entschlossen, ungeachtet der beschriebenen kritischen gesamtökonomischen Konstellation den aus dem Überfall auf Polen erwachsenen Konflikt mit Frankreich und England militärisch auszutragen, und dies konnte nach seiner Auffassung nur mittels massiver aber zeitlich engbegrenzter kriegsgerichteter Operationen in einem möglichst günstigen Augenblick erfolgen. Rüstungsökonomisch gesehen erschien der Herbst 1939 als optimaler Zeitpunkt, soweit man in der skizzierten Krisensituation von einem Optimum überhaupt sprechen konnte, denn das Jahr 1939 bildete einen Kulminationspunkt in der deutschen industriellen Produktion. In diesem Faktum hat man ein Motiv für die Intervention in den heute so benannten Benelux-Ländern zu erblicken, die ja lediglich unzureichender operativer Planung wegen nicht Ende 1939, sondern erst im Mai 1940 stattfand.

Auf diese ökonomischen Beweggründe zur Intervention ist Hitler eingegangen, ohne daß es von Zeitgenossen und Historikern hinreichend beachtet worden wäre³⁸, wenn er in seiner genannten Oktoberdenkschrift schrieb, »die militärische Auswertung« der deutschen Volkskraft sei »in einem Ausmaß vorhanden, das in *kurzer* Zeit jedenfalls durch keinerlei Anstrengungen wesentlich verbessert werden« könne³⁹. Dieser Satz ist, schlicht formuliert, die Einsicht in die Unmöglichkeit, die Aufrüstung unter den

gegebenen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen noch steigern zu können, und demzufolge galt es, unter Ausnutzung des derzeit immer noch vorhandenen Rüstungsvorsprungs in einer großen, zeitlich kalkulierbaren militärischen Anstrengung einen kriegsentscheidenden Schlag gegen Frankreich und Großbritannien zu führen. Um das Risiko eines Fehlschlages des Westfeldzuges aber möglichst gering zu halten, erwog man in der Reichskanzlei, ungeachtet der geschilderten ökonomischen Situation, Möglichkeiten einer kurzfristigen Steigerung des vorhandenen Rüstungs- und Kriegspotentials. Wenn dieses schon, wie der Führer richtig erkannt hatte, auf der Basis des derzeitigen nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs jedenfalls in absehbarer Zeit nicht wesentlich aufzustocken war, dann bot sich zur Verbesserung der rüstungswirtschaftlichen Lage eigentlich nur die Alternative an, in Verfolg des Krieges gegen Frankreich und England territorial über das eigentliche militärische Kriegsziel hinauszugreifen und die Kampfhandlungen auf die neutralen Länder Luxemburg, Belgien und Holland auszudehnen, um deren Wirtschaftskräfte und ökonomische Reserven der deutschen Kriegführung nutzbar zu machen. In der festen Entschlossenheit, Luxemburg, »Belgien, Holland und Nordfrankreich in unseren Besitz zu bringen«, befahl Hitler daher Ende Januar 1940, »ohne Rücksicht auf spätere Zeiten unsere Rohstoff-Reserven voll einzusetzen, zu Lasten evtl. späterer Kriegsjahre«. Auf diese Weise waren vor Beginn des Westfeldzuges noch einmal Höchstleistungen zu erzielen, während man in seinem Verlauf mit erheblichen Nachschubreserven aus den besetzten neutralen Gebieten rechnen konnte. Aufgrund dieser neuen Weisung stellte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt bislang geltend gemachte schwere Bedenken gegen den geplanten Blitzkrieg zurück und bezeugte gegenüber Göring, daß es »für die klare Linie dankbar sei«⁴⁰.

Der von Hitler und Manstein erarbeitete Plan einer Westoffensive durch Luxemburg, Belgien und die Niederlande verband lediglich das strategisch Günstigste mit dem aus nationalsozialistischer Sicht gesamt-, rassenpolitisch und ökonomisch Notwendigen. Die tiefere Ursache der Invasion lag wesentlich in der wirtschaftlichen Bedeutung der Staaten 1. für das *kriegführende* und 2. für das *Nachkriegs-Deutschland* mitbegründet. In welch hohem Grade die späteren Benelux-Länder zur Stärkung des reichsdeutschen Wirtschaftspotentials beizutragen vermochten, das hatten z. B. das Oberkommando der Wehrmacht, die volkswirtschaftliche Abteilung der IG-Farben AG und das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung – z. T. bereits lange vor der Ausarbeitung konkreter Interventionspläne – in zahlreichen wissenschaftlichen Studien zur Wirtschaftsstruktur der besagten Staaten und zu deren ökonomischer Verflechtung mit dem Dritten Reich eruieren lassen⁴¹.

Luxemburg verfügte vor allem über reiche Erzvorkommen und stand 1938 in der Tabelle der Roheisen produzierenden Länder immerhin an 10. Stelle, und so kam – nach Auffassung des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung – »die Einbeziehung Luxemburgs in eine der . . . miteinander im Kriege befindlichen Mächtegruppen . . . einer nennenswerten Ausweitung des Kriegswirtschaftspotentials gleich«⁴². In den Jahren 1936 bis 1938 exportierte das kleine Land jährlich über 1 000 000 t Eisenerz nach Deutschland, obwohl der luxemburgische Eigenverbrauch rund 20–30 % über der eigenen Förderung lag (Tabelle 1)⁴³.

Tabelle 1	1933	1935	1938
Produktion in t	3 362 417	4 133 808	5 140 632
Einfuhr	3 723 595	3 637 301	3 700 075
Ausfuhr	992 564	1 479 148	2 505 797
Gesamtverbrauch Inland	6 093 448	6 291 961	6 334 910
Defizit der Produktion	2 731 031	2 158 153	1 194 278

Wenn Luxemburg dennoch fast die Hälfte seiner eigenen Erzproduktion ausführte, so war dies nur deshalb möglich, weil es seinerseits größere Mengen lothringischen Erzes importierte.

Die genannten Zahlen verdeutlichen, daß die seitens Frankreich in Reaktion auf den Kriegausbruch gedrosselten Erz-Exporte nach Luxemburg zu einer spürbaren Reduzierung der luxemburgischen Erzlieferungen an das Dritte Reich führen mußten. Als weiterer Störfaktor erwies sich die ungünstige Lage der luxemburgischen Erzgruben hart an der französischen Grenze, da einzelne Gruben nur unter der Voraussetzung fördern konnten, daß der Abtransport des Erzes über französisches Territorium erfolgte. Seit Kriegsbeginn aber hatten die Franzosen diesen Weg blockiert und so einen monatlichen Ausfall von rund 40 000 t verursacht. Die geologisch-geographisch bedingte Zusammengehörigkeit der lothringischen und luxemburgischen Erzgebiete ließ es den nationalsozialistischen Machthabern nur konsequent erscheinen, im Zuge der beabsichtigten »Rückgliederung« Lothringens an das Reich auch Luxemburg zu annectieren.

Belgien und die *Niederlande* figurierten in der Liste der Lieferanten von in Deutschland dringend benötigten Importgütern an beachtlich hoher Stelle, wie die nachfolgende Tabelle beweist (Tabelle 2)⁴⁴.

Tabelle 2

Anteil Belgiens und der Niederlande an der deutschen Einfuhr 1937 in %

Hauptwarengruppen	Belgien	Niederlande
Alteisen	36,5	
Eisenhalbzeug	55,8	
Zink (einschl. Altmetalle u. -legierung.)	27,0	
Stab- u. Formeisen	64,0	
Eisenblech	31,0	
Butter		18,6
Käse		51,0
Eier		23,4
Küchengewächse		32,9

Belgien, seit 1922 in Zoll- und Wirtschaftsunion mit Luxemburg verbunden, wies in etwa die gleiche Wirtschaftsstruktur wie Deutschland auf: Es betrieb eine höchst intensive Landwirtschaft, die aber bei weitem nicht den heimischen Bedarf zu decken vermochte, und es besaß eine ausgeprägte Ausfuhrindustrie bei starker Rohstoffabhängigkeit vom Ausland, insbesondere von seinen Kolonien. Brüssel war durch dichte Fäden mit dem Welthandel verwoben und unterhielt enge Handelsbeziehungen zu seinem deutschen Nachbarn. 1938 nahm das Reich den 3. Platz in der Reihe der Absatzländer der belgisch-luxemburgischen Union ein, und Belgien setzte allein 12,3 % seiner gesamten Ausfuhr auf dem deutschen Markt ab. Während es Deutschland überwiegend mit Rohstoffen aus seinen Kolonien, mit Halbwaren, aber auch mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgte, lieferte das Reich umgekehrt in der Hauptsache Kohle und Fertigprodukte. Nach Auffassung der IG-Farben-Industrie bot »gerade der Außenhandel zwischen zwei so hoch entwickelten Ländern wie Deutschland und Belgien . . . ein Beispiel, wie vielfältig die Ergänzungsmöglichkeiten zwischen zwei Volkswirtschaften . . . und wie gut diese Möglichkeiten in beiderseitigem Interesse« sein konnten, »auch wenn die einzelne Volkswirtschaft bemüht« war, »die nationalen Produktivkräfte besser zu entwickeln«⁴⁵.

Die Handelsbeziehungen zwischen dem Dritten Reich und den *Niederlanden* müssen als besonders intensiv bezeichnet werden. Wertmäßig stammten die größten holländischen Importe aus Deutschland, während Großbritannien sich als der beste Abnehmer niederländischer Waren erwies (Tabelle 3)⁴⁶.

Tabelle 3
Der Außenhandel der Niederlande vom 1. 1. bis 31. 12. 1938 und 1939

Länder:	Gewichte in Mill. kg br.				Wertangabe in Mill. Gulden			
	Januar/Dez. 1938		Ausfuhr nach:		Einfuhr aus:		Januar/Dez. 1939	
	Gewicht	Einfuhr aus:	Gewicht	Wert	Gewicht	Wert	Gewicht	Ausfuhr nach:
		Wert						Wert
Deutschland	7 880	307,9	2 321	159,2	8 205	367,6	1 908	137,6
Belgien und Luxemburg	3 707	162,2	4 763	105,7	4 321	219,9	4 088	90,5
Großbritannien	1 040	115,1	1 273	234	1 613	117,9	1 178	226,5
Frankreich	676	65	2 045	60,2	706	74,3	1 807	50,6
Tschechoslowakei	128	28,6	53	12,1	55	9	15	3,6
U.S.S.R.	730	31,8	28	23,4	412	14,3	25	17,4
Norwegen	149	12,3	217	15,7	180	14,3	211	14
Schweden	494	29,9	670	35,9	574	43,7	731	41
Spanien	309	4	51	7,9	264	4,5	85	7,7
Schweiz	22	20,8	510	20,7	27	28	612	25,6
Polen und Danzig	556	21,1	101	13,4	578	21,5	62	10,1
Niederlande, Indien	424	101,7	209	99,8	448	91,3	237	100,7
Argentinien	791	64,1	186	11,7	1 155	75,1	165	13,5
Vereinigte Staaten	1 581	153,3	198	37,1	1 374	146,1	203	42,3
Andere	4 294	297,2	1 804	202,2	4 394	289,5	1 381	184,9
Insgesamt:	22 781	1 415,0	14 429	1 039,0	24 306	1 517,0	12 708	966

Der Außenhandel zwischen dem Dritten Reich und den Niederlanden wickelte sich zwischen 1938 und 1939, nach Warengruppen spezifiziert, wie folgt ab (Tabelle 4 und 5)⁴⁷:

Tabelle 4

Die Einfuhr der Niederlande aus Deutschland vom 1. 1. bis 31. 12. 1938 und 1939

Warengruppe	Gewichte in Mill. kg br.		Wert in Mill. Gulden	
	1938	1939	1938	1939
	Gewicht	Wert	Gewicht	Wert
Kohlen, Koks und Briketts	4145	36,3	4507	37,5
Kalk, Trass, Zement und Kreide	264,3	2,7	317,7	3,1
Salpeter und Kunstdünger	561,8	17,2	328	12,4
Naturstein	525	2,6	480	2,6
Eisen, Stahl und Erzeugnisse	333,9	50,6	421,1	61,5
Verzinntes Blech- und Blechwaren	17,6	3,8	20,4	4,2
Kupfer; Kupfer- und Messingerzeugnisse	11,6	7,6	12,2	8,3
Verschiedene Metalle, Metallegierungen	2,3	3,2	2,6	3,4
Verschiedene Mineralien und Fabrikate	1524	4,7	1477	5,7
Chemische Erzeugnisse	78	10,9	97,6	14,9
Farbwaren, Farbstoffe, Lacke	9,8	6,7	14	11,3
Garne	1,2	2,5	1,7	2,8
Manufakturen, Stoffe und Gewebe	4,4	11,6	5,5	13,1
Kleider und fertige Pelzwaren	1,6	10,5	2	11
Modewaren	0,5	2,9	0,6	3,5
Glas- und Gläserzeugnisse	19,8	3,1	35,8	4,8
Papier- und Papierwaren	40,1	8,9	82,8	14,3
Druckarbeiten	1,2	2,3	1,3	2,4
Fahrzeuge	11,4	9,9	14,4	12,8
Wasserfahrzeuge und Flugzeuge	3,8	2,6	22,9	8,9
Werkzeuge, Apparate	57,5	53,3	58,8	60
Radioartikel	0,9	2,5	0,9	2,9
Geräte	2,7	2,3	3,8	3
Instrumente und Zubehöerteile	1,9	6,9	2	8,3
Lampen	1	2	1,2	1,9
Gegenstände aus verschiedenen Rohstoffen	6,5	8,6	7,2	9,8
Andere	252,2	31,8	258,5	33,6
Insgesamt:	7880,0	308,0	8177,0	358,0

Natürlich war man sich deutscherseits über die große Einfuhrabhängigkeit der Niederlande auf dem Ernährungs- und Rohstoffgebiet im klaren. Spielte man dennoch mit dem Gedanken einer Besetzung, dann mußte man den gleichzeitigen Ausfall der holländischen Überseezufuhren für Holland selbst und damit auch für Deutschland mit einkalkulieren. Dies bedeutete insbesondere einen empfindlichen Rückgang der Ausfuhr viehwirtschaftlicher Produkte Hollands nach Deutschland, denn die holländische Viehwirtschaft war weitgehend von der Einfuhr überseeischer Futtermittel abhängig. Auf der anderen Seite rechnete man aber in Berlin mit einem »wertvollen Zuwachs an Steinkohlenförderung«. Darüber hinaus mußten »die modernen Schiffswerften sowie das Hinzutreten von Betrieben, bes. der Stickstoff- und der Kunstseidenindustrie . . .

Tabelle 5

Die Ausfuhr der Niederlande nach Deutschland vom 1. 1.–31. 12. 1938 und 1939

Warengruppe	Gew. in Mill. kg br.		Wert. in Mill. Gulden	
	1938		1939	
	Gewicht	Wert	Gewicht	Wert
Fische und Schalentiere	20,3	2,6	13,5	2,2
Frisches Fleisch, Schlachtabfälle	2,5	1,5	0,8	0,3
Butter	13,7	11,9	11,6	10,3
Käse	17,8	10,1	15,9	9,1
Eier und Eierprodukte	33,3	15,1	30,9	12,2
Frisches Obst (m. Ausnahme v. Südfrüchten)	13,5	3,1	18,8	2,7
Frisches Gemüse	106	11,2	115	11,8
Blumen und Blumenzwiebeln	8	4,5	5,8	3
Pflanzliche Erzeugnisse	85,4	4,1	10,1	4,9
Kohlen, Koks und Briketts	1247,9	13,8	1099	12
Eisen, Stahl und Erzeugnisse	152,7	5,1	124,3	4,2
Kupfer, Kupfer- und Messingerzeugnisse	6,2	1,8	5,8	1,7
Zinn und Zinnwaren	6,5	10,7	–	–
Getreide	11,7	1,7	11,4	1,5
Farbwaren, Farbstoffe, Lacke	2,1	1,7	1,5	1,6
Pflanzliche Öle	34,9	6,3	28,4	4,4
Harze, Teer, Kohleteerprodukte	14,5	2	8,8	1
Häute und Felle	4,8	2,9	3,5	2,1
Garne	2	3,5	2,6	6
Manufakturen, Stoffe, Gewebe	2,6	1,9	2,7	1,7
Werkzeuge, Apparate	3,4	3,1	2,4	2,6
Andere	531,2	40,4	388,2	40,7
Insgesamt:	2321,0	159,0	1901,0	136,0

neben den großen Vorräten der verschiedensten Art eine wesentliche Stärkung unserer Kriegswirtschaft bedeuten«. Gleichzeitig fielen natürlich die Niederlande für Großbritannien und Frankreich als Lieferant von Lebensmitteln (insbes. Käse, Milch, Gemüse, Schweine, Butter, Eier) aus, und Frankreich würde außerdem einen 10%igen Koksausfall zu verkraften haben. »Diese Auswirkungen würden für die Westmächte um so fühlbarer werden, je mehr gleichzeitig eine Versorgung aus anderen Ländern (Ostseeraum, Dänemark, Norwegen und Schweden) unterbunden werden könnte⁴⁸.« Diese letzte Begründung läßt bereits eine langfristige kriegsökonomische Perspektive erkennen, unter der die Bedeutung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande, insbesondere nach der Eroberung Norwegens und Dänemarks seitens der deutschen Wehrmacht, zu beurteilen sein wird.

Nach welcher Maßgabe sich das Außenhandelsgeschäft mit den neutralen westlichen Nachbarländern abwickelte, hatte Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk zu Beginn des Jahres 1940 vor dem Beirat der Deutschen Reichsbank deutlich gemacht, wenn er erklärte, »der Außenhandel müsse sich eine noch straffere Lenkung gefallen lassen als bisher. Die Kriegswirtschaft denke nicht in Gold und Devisen, sondern in Rohstoffen und vor allem in Waren des Rüstungsbedarfs⁴⁹.« Kurz- und mittelfristig, ja geradezu als Prämisse eines erfolgreichen Feldzuges gegen Frankreich und England – eines Feldzuges, der ungeachtet der Blitzkriegskonzeption von nicht absehbarer Dauer sein konnte – stellte sich der deutschen militärischen, politischen und

wirtschaftlichen Führung in der von uns beschriebenen ökonomischen Krisensituation des Dritten Reiches die Aufgabe, das allgemeine Wirtschafts- und das spezielle Rüstungspotential durch die Weiterführung, besser noch durch die Intensivierung des Warenaustausches mit Luxemburg, Belgien und Holland über den September 1939 hinaus in erheblichem Umfange zu vermehren. Denn, »daß dieser Krieg ein Kampf um die Existenz des deutschen Volkes« sein würde – gemeint war die Existenz des nationalsozialistischen Staates und seines sozialökonomischen Gefüges –, ein Kampf, in dem Großbritannien darauf abzielte, »unseren Außenhandel zu zerschlagen und unsere Wirtschaft abzuwürgen«, darüber bestand auch in Kreisen der Exportindustrie kein Zweifel⁵⁰. Die Aufrechterhaltung und die Aktivierung des deutschen Außenhandels mit den neutralen westlichen Anrainerstaaten wurde um so dringlicher, als die englischen Blockademaßnahmen den Außenhandel Deutschlands stark beeinträchtigten, so daß Berlin nur durch die Intensivierung seiner Handelsbeziehungen zu den Neutralen Europas mit einem gewissen Verlustausgleich rechnen durfte (Tabelle 6)⁵¹.

Tabelle 6

Deutschlands Außenhandel in t

Einfuhr 1939	Nahrungs-, Genuß-, Futtermittel	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren
August	690 281	3 519 641	880 567	37 634
September	579 072	2 347 076	559 624	29 121
Oktober	550 893	1 751 136	343 335	21 983
November	564 028	1 575 991	331 461	22 966
Ausfuhr 1939				
August	12 260	2 846 898	783 574	488 394
September	10 253	1 924 976	558 592	320 926
Oktober	11 237	2 057 440	707 459	380 210
November	14 885	1 860 722	599 995	431 635

Hatte das Dritte Reich wegen seines rüstungsbedingt starken Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarfs einerseits und wegen seines gedrosselten Exports aufgrund des eigenen hohen Wehrmachtbedarfs andererseits bewußt eine passive Außenhandelsbilanz in Kauf genommen (Ende August 1939 betrugen die deutschen Clearing-Schulden = 411,5 Mill. RM), um seine Schulden später mittels der Reparationsleistungen der von ihm besiegten Gegner zu tilgen, so sah es sich nach Kriegsausbruch zum Abbau dieser seiner Schulden bei den Neutralen veranlaßt, die von England unter Druck gesetzt bzw. deren wirtschaftliche Verbindungen zu den britischen Inseln deutscherseits nicht unterbrochen werden konnten (Clearing-Schuld am 15. Januar 1940 = 304,9 Mill. RM). Denn sehr bald stellte sich heraus, daß diese Neutralen nur durch die Abdeckung eines wesentlichen Schuldenteiles dazu bewegt werden konnten, Deutschland mit den von diesem dringend benötigten Rohstoffen und Nahrungsmitteln in ausreichender Menge zu beliefern. Deutscherseits zeigte man sich daher bemüht, die Zahlungsbilanz insbesondere gegenüber Dänemark, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und der Türkei auszugleichen (Tabelle 7)⁵².

»Es ist also nicht Deutschland gewesen, das die Absicht hatte, Schulden abzudecken, sondern das betreffende neutrale Ausland hat(te) eine Abdeckung dieser Schulden

Tabelle 7
Stand des deutschen Verrechnungskontos

	31. 8. 39	25. 11. 39	31. 12. 39	15. 1. 40
Argentinien	– 17,2	– 26,8	– 18,5	– 16,7
Afghanistan	–	– 0,3	– 0,3	– 0,3
Bulgarien	– 22,4	– 35,8	– 50,4	– 53,0
Dänemark	+ 7,0	+ 18,0	+ 22,9	+ 23,7
Estland	– 3,6	– 4,6	– 5,0	– 5,1
Finnland	– 4,4	– 1,9	– 0,6	– 0,2
Griechenland	– 17,1	– 1,8	– 1,0	– 0,3
Iran	– 21,6	– 23,5	– 27,5	– 28,4
Italien	– 106,6	– 79,0	– 83,4	– 85,6
Jugoslawien	– 13,8	– 8,8	– 24,0	– 15,8
Lettland	– 0,3	– 0,5	– 1,7	– 0,2
Litauen	– 0,9	– 6,3	– 6,0	– 6,6
Niederlande	– 54,8	– 9,4	+ 2,0	+ 2,9
Norwegen	+ 1,5	+ 8,4	+ 9,1	+ 11,0
Polen-Danzig	– 0,9	– 1,5	– 2,3	– 1,1
Portugal	– 3,4	– 1,7	– 0,2	– 0,2
Rumänien	– 16,6	– 45,4	– 65,2	– 61,0
Schweden	– 2,8	+ 20,4	+ 36,1	+ 49,3
Schweiz	– 35,8	– 22,6	– 11,5	– 6,7
Spanien	– 21,0	– 21,0	– 21,0	– 21,0
Türkei	– 0,9	+ 12,8	+ 11,5	+ 11,3
Ungarn	– 41,3	– 49,7	– 50,5	– 48,6
Böhmen-Mähren	– 23,1	+ 0,2	– 17,1	– 15,6
Slowakei	– 11,5	– 27,6	– 30,1	– 30,9
	– 411,5	– 308,4	– 334,7	– 299,1

verlangt, ehe es den normalen Warenverkehr mit Deutschland fortzusetzen gewillt war⁵³.« Deutschland war genötigt, neben einer schwerpunktmäßig auf die Bedürfnisse der Wehrmacht ausgerichteten Produktion auch Exportgüter herzustellen – wenn auch in möglichst bescheidenem Rahmen –, um innerhalb des praktizierten Verrechnungsverkehrs über die für die Einfuhr kriegswichtiger Güter unabdingbaren Zahlungswerte zu verfügen, weshalb es galt, »die Deckung der Exportbedürfnisse . . . so zu bemessen, daß für die Kriegführung der höchstmögliche Nutzen erzielt« wurde. Denn, so rechnete man in Berlin, falls es gelang, die derzeitigen »Zufuhren der neutralen Staaten zu erhalten«, mußte Deutschland eigentlich in der Lage sein, »den Krieg rohstoffmäßig eine erhebliche Zeit« durchzustehen⁵⁴.

Um so empfindlicher reagierte man in Berlin auf die Ankündigung des in einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit Belgien verbundenen Luxemburg, für den Fall einer deutschen militärischen Auseinandersetzung mit einem Nachbarstaat des Großherzogtums »die gesamte Erz- und Eisenindustrie des Landes stillzulegen«⁵⁵. Berlin, Hauptabnehmer dieser Industrie und daher Hauptbetroffener einer solchen Maßnahme, setzte den Kleinstaat unter erheblichen politisch-militärischen und nicht zuletzt ökonomischen Druck, z. B. durch eine 50%ige Kürzung seines für die luxemburgische Eisenindustrie unentbehrlichen Koksdeputats, so daß das Großherzogtum schließlich versicherte, das deutsch-luxemburgische Wirtschaftsverhältnis auf der Basis bestehender Vereinbarungen auch im Kriege aufrechtzuerhalten⁵⁶.

Im Dezember 1939 überschritten die luxemburgischen Eisenerzlieferungen mengenmäßig die monatlichen Lieferquoten der Vorkriegszeit. Dennoch litten die Wirtschaftsbeziehungen unter latenten Spannungen, zumal sie sich durch die luxemburgisch-belgische Union nur in begrenztem Rahmen *bilateral* gestalten ließen. Brüssels außenwirtschaftliche Bewegungsfreiheit war nämlich stark eingengt durch die Abhängigkeit seines merkantilen Verkehrs mit den Kolonien vom Wohlwollen Londons, das ja den Kanal kontrollierte. Berlin sah sich deshalb zu wesentlichen wirtschaftspolitischen Zugeständnissen gegenüber dem Königreich genötigt, ließ gleich zu Beginn des Krieges durch die Entsendung des Leiters der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amts, Botschafter Ritter, nach Brüssel und Luxemburg sein Interesse an der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Austausches bekunden und erklärte sich sogar zu Verhandlungen über Kriegsgerät, insbesondere über die Lieferung von Flugmotoren und Flugzeugen im Tausch gegen wertvolle Rohstoffe bereit. »Aus besonderen Gründen« – darunter hatte man die seitens Hitler für Ende 1939 geplante Intervention zu verstehen – sollten die »erwähnten Geschäfte« aber »dilatorisch« behandelt werden⁵⁷. Zu einer akuten Krise kam es, als die luxemburgisch-belgische Union, französischem und britischem Drängen nachgebend, ein allgemeines Ausfuhrverbot solcher Waren erließ, die bisher im wesentlichen von Deutschland bezogen wurden (Tabelle 8)⁵⁸.

Tabelle 8

Unter das belgische Ausfuhrverbot fallende Waren

Warenbezeichnung	Deutscher Anteil an der belg. Ausfuhr 1938 in %
Rohkautschuk	55
id. Abfälle	60
Leichtöle	30
Schweröle	50
Tierische Fette f. Industriezwecke	90
Schweineschmalz	60
Knochenfette	70
Palmfette	60
Wolle	75
Ramie	80
ges. Schweinespeck	50
Reis, geschält	20
Zinnerz	90
Eisenerz (luxbg.!)	90
Mangan	20
Blei	70
Molybdän	95
Wolfram	95
Eisenmetalllegierungen	25
Aluminium	25

Verhandlungen mit der Union und auch mit den Niederlanden, die sich gegenüber den westlichen Feindmächten in ähnlicher Weise verpflichtet hatten, über eine Aufhebung der Beschränkungen scheiterten, obgleich Hitler unmittelbar nach Kriegsbeginn – ungeachtet des geplanten Überfalls – persönlich umfangreichen Kriegsgeräteelieferungen und dem Export von Maschinen für die Rüstungsindustrie nach Holland in der Erwartung von Gegenleistungen in Form kriegswichtiger Importe und Nahrungsmittel zugestimmt hatte⁵⁹. Gegen Jahresende 1939 von den deutschen militärischen Instanzen als Reaktion auf die niederländischen Ausfuhrverbote gesperrte Waffen- und Muni-

tionslieferungen mußten, nachdem die Intervention auf das Frühjahr des Jahres 1940 verschoben war, auf ausdrückliche Weisung des Führers freigegeben werden, wohl nicht allein in der Hoffnung auf ein wirtschaftspolitisches Einlenken, sondern wohl auch in der Absicht, der in den westlichen Nachbarländern ausgebrochenen Interventionspsychose entgegenzuwirken⁶⁰. Hinzu kam, daß das OKW den holländischen »Zuwachs an Kampfkraft als militärisch unbedenklich angesehen« hatte⁶¹.

Erst als die deutschen operativen Planungen endgültige Gestalt annahmen, also Ende Januar, Anfang Februar 1940, wurden die deutsch-niederländischen Verhandlungen über die Lieferung von Kriegsgerät an Den Haag seitens der deutschen Delegation dilatorisch geführt. Der Führer selbst hatte entschieden, »daß weitere Flak-Lieferungen an Holland nicht getätigt werden soll(t)en, daß vielmehr versucht werden muß(t)e, die Holländer weiter hinzuhalten«. Entsprechend dieser Weisung hatte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Weizsäcker, dem niederländischen Delegationsleiter in der zweiten Märzhälfte zu erklären, die Wehrmacht könne noch nicht übersehen, »welche Reserven sie im Falle größerer Kampfhandlungen benötige«⁶². Diese restriktive Handelspolitik war in dem Augenblick möglich geworden, als man sich in absehbarer Zeit ohnehin im Besitz der luxemburgischen, belgischen und niederländischen Rohstoffe und Produktionskapazitäten wußte, die sich Frankreich und Großbritannien in der Frist bis zur Intervention im Mai 1940 größtenteils nutzbar machten.

Die erzwungene Begünstigung dieser beiden Mächte lieferte Hitler einen willkommenen Vorwand zur – wie er sich ausdrückte – Übernahme des Schutzes der Neutralität Belgiens und der Niederlande durch das deutsche Schwert. Der entsprechende Erlaß zur Übernahme dieses Schutzes sah als erste konkrete Anweisung an die Militärs vor, »die Bevölkerung zu schonen« und »das Wirtschaftsleben in Gang zu halten«⁶³. Bereits Anfang Oktober 1939 hatte Hitler Weisungen erteilt, die sich in »besonderen Anordnungen für die Verwaltung der besetzten Gebiete Luxemburgs, Belgiens und Hollands« niederschlugen. Sie enthielten u. a. die Forderung, den »Warenverkehr der besetzten Gebiete mit dem Reich . . . , sobald es die Lage gestatte(te), wieder aufzunehmen«⁶⁴. Demzufolge unterstrich das Oberkommando des Heeres in der ersten Besprechung über Maßnahmen der Militärverwaltung im Westen die Notwendigkeit, »durch die Operationen eintretende Stilllegungen (von Betrieben) sofort rückgängig zu machen. Insbesondere soll(t)en die Rüstungsbetriebe voll weiterlaufen, ebenso Gas- und Elektrizitätswerke«⁶⁵. Die von langer Hand vorbereitete Kontrolle und Lenkung der gesamten Wirtschaft behielt der Führer sich selbst letztinstanzlich vor. Dies fand beispielhaft seinen Ausdruck in der bereits am 18. Mai 1940 verfügten Einsetzung einer Zivilverwaltung in den Niederlanden unter Seyss-Inquart, der Hitler unmittelbar unterstand und dem, »da die deutsche Kriegswirtschaft eine einheitliche Planung für die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete erforder(e), . . . auch Generalfeldmarschall Göring im Rahmen der ihm als Beauftragten für den Vierjahresplan obliegenden Aufgaben . . . Weisungen erteilen« durfte⁶⁶. Für den hohen Stellenwert der zu erobernden Westgebiete einschließlich Frankreichs innerhalb der deutschen Kriegswirtschaft spricht die noch am Interventionstag erfolgte Einsetzung eines der profiliertesten Wirtschaftsexperten der Regierung, des Staatssekretärs Posse, zum Wirtschaftsbevollmächtigten für die Westgebiete. Posse, bereits Stellvertreter des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, war dann noch zwischen 1941 und 1945 als Generalbevollmächtigter für den Unilever-Konzern in Rotterdam tätig. Ihm fiel die Aufgabe zu, »das Wirtschaftsleben in den von den Truppen besetzten Gebieten an die Erfordernisse der deutschen Kriegswirtschaft anzupassen«⁶⁷. Auf Vorschlag des OKW beriet man daher bereits am Tag vor der belgischen Kapitulation, also am 27. Mai 1940, innerhalb des IG-Farben-Konzerns, der über ein zentrales wirtschaftswissenschaftliches Institut verfügte, über »für das IG-Geschäft augenblicklich aktu-

elle Gegenstände«⁶⁸, und kurze Zeit später bemühte man sich auf Drängen des OKW, »etwa bestehende vordringliche Wünsche« gegenüber der belgischen Wirtschaft zu Papier zu bringen⁶⁹. Sie zu befriedigen hieß, kurzfristig »militärische wichtige Rohstoffe wie Erdöl, Zinn, Kautschuk ohne Rücksicht auf Bezahlung . . . sicherzustellen« und langfristig »die Volkswirtschaft selbständig arbeiten zu lassen und auf diese Weise . . . für uns nutzbar (zu) machen«⁷⁰. »Von den Vorräten sollte den Holländern« z. B. »so viel belassen bleiben, daß der kriegsmäßig eingeschränkte Bedarf für den gleichen Zeitraum und in gleichem Maße wie in Deutschland gedeckt werden« würde⁷¹. Die folgende Tabelle veranschaulicht dieses Prinzip (Tabelle 9)⁷².

Tabelle 9
Sicherstellung von Rohstoffen in den Niederlanden

	erkundet	abtransportiert
Eisen und Stahlschrott	–	50 000 t
Gußeisenschrott	–	8 600 t
Zinn	3 000 t	1 750 t
Aluminium	600 t	150 t
Kohle und Koks	775 000 t	600 000 t
Schwefelkies	140 000 t	9 000 t
Wolle	9 500 t	2 600 t
Baumwolle	22 500 t	4 700 t
Sisal	6 300 t	–
Manila	1 700 t	–
Cocos	4 000 t	–
Häute	13 000 t	4 000 t
Naturkautschuk	3 000 t	1 600 t
Kautschukmilch	600 t	375 t
Altgummi	3 000 t	1 200 t
Asbest	1 300 t	–
Aceton	300 t	100 t
Öle und Fette	220 000 t	69 000 t
Autobenzin	190 500 t	88 000 t
Flugbenzin	56 000 t	50 000 t
Benzol	8 300 t	–
Gasöl	85 000 t	10 000 t
Heizöl	77 500 t	–
Petroleum	46 200 t	–
Rohöl	79 300 t	–
Rohtabak	55 000 t	5 400 t
Kaffee	28 000 t	7 000 t

Die schnelle und möglichst genaue Erfassung der Produktionsmittel, der allgemeinen Vorräte und des Kriegspotentials erforderte eine straffe und weitverzweigte Organisation zu Diensten des Wirtschaftsbevollmächtigten, dem daher Sachbearbeiter für folgende Bereiche beigegeben wurden:

Allgemeine Wirtschaftsfragen,	Transportbedarf der Wirtschaft,
Gewerbliche Wirtschaft,	Sozial- und Arbeitsfragen,
Rüstungswirtschaft,	Währungs-, Geld- und Kreditwesen,
Ernährungs- und Landwirtschaft,	Finanzfragen,
Forst- und Holzwirtschaft,	Preisregelung ⁷³ .
Auswärtiger Waren- und Zahlungsverkehr,	

Hinzu traten die Rüstungsinspektionen unter den jeweiligen Militärbefehlshabern. Die vordringliche Aufgabe all dieser Einrichtungen bestand darin, »die Versorgung

der kämpfenden Truppe durch weitgehende Ausnutzung geeigneter Betriebe für Reparaturzwecke« zu erleichtern⁷⁴. Daneben galt es, unter einer langfristigen Perspektive die okkupierten Territorien wirtschaftlich neu zu ordnen, und zwar mittels umfangreicher administrativer Eingriffe. Die entsprechenden Verordnungen und Erlasse, längst erarbeitet, bedurften nach der Okkupation lediglich der Inkraftsetzung, um ohne Zeitverlust angewendet zu werden. Noch am 10. Mai ergingen Bekanntmachungen über den Wechselkurs (1 niederländischer Gulden = 1,50 Reichsmark, 1 luxemburgischer Franken = 0,125 Reichsmark, 1 Belga = 0,50 Reichsmark), ein Verbot über Preis- und Lohnerhöhungen, eine Verordnung über die vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem besetzten niederländischen und belgischen Gebiet und dem Reich. Eine Devisenverordnung für Belgien und Luxemburg folgte Mitte des Monats⁷⁵.

Umfang und Bedeutung des aus den drei Okkupationsgebieten gezogenen unmittelbaren allgemein- und rüstungswirtschaftlichen Nutzens können hier nur punktuell angedeutet werden. Unter anderem wurde die Zahlungsfähigkeit des Reiches durch die in den Niederlanden konfiszierten 400 bis 500 Mill. Reichsmark in Gold und Noten momentan erheblich verbessert⁷⁶, wenn man – um eine Kaufkraftvorstellung zu vermitteln – weiß, daß ein für militärische Zwecke ausgerüstetes Flugzeug damals rund 300 000 RM kostete. Die in den Niederlanden sichergestellten Stahlmengen ermöglichten eine Steigerung der Munitionsproduktion um 40 %⁷⁷. Nach einer ersten Inspektion der Vorräte in den holländischen Häfen gewann der Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium, Kehl, die Überzeugung, »daß unsere Rohstofflage in vielen Punkten eine entscheidende Änderung erfahren würde«⁷⁸. Darüber hinaus machte man sich frühzeitig Gedanken über die Neugestaltung des Handelsverkehrs zwischen dem Dritten Reich und den besetzten niederländischen Territorien. War, wie bereits erwähnt, das Clearing-Konto vor der Intervention ausgeglichen gewesen, um deutscherseits über den Kriegsausbruch hinaus eine Gewähr für einen ungestörten Warenzustrom aus Holland zu besitzen, so ließ man bereits Ende Mai das Kompensationsprinzip fallen. Deutschland wollte seine Einfuhr aus den Niederlanden erheblich steigern, seine Ausfuhr aber beträchtlich absinken lassen. Behielt man mit dieser Absicht das Clearing-System, also den wertmäßigen Ausgleich der wechselseitigen Lieferungen zweier Staaten, bei, und man war in Berlin hierzu entschlossen, dann mußte der holländische Staat die nun eintretende deutsche Verschuldung aus den Verrechnungsabkommen übernehmen. Mit anderen Worten, die niederländische Regierung mußte ihre Exporteure für einen Teil ihrer Lieferungen nach Deutschland bezahlen. Nach grober Schätzung rechnete man für 1940 mit einer holländischen Mehrlieferung nach Deutschland in Höhe von 100 Mill. hfl., eine Summe, die somit der niederländische Staat zugunsten Deutschlands an die niederländischen Exporteure auszuzahlen hatte⁷⁹.

Aus belgischem Besitz wurden rund 70 t Gold sichergestellt, und der Kriegführung kam unmittelbar das Beutematerial zugute, das allein in Belgien zur Ausrüstung von 70 Divisionen ausreichte⁸⁰. Nach Darstellung der Wirtschaftsgruppe »Eisen schaffende Industrie« waren »die Sorgen um die ausreichende Erzbeschaffung . . . überwunden, nachdem die lothringisch-luxemburgischen Erzbecken in unsere Hand gefallen sind«. Der Interessenverband sprach in diesem Zusammenhang von einer Großtat des deutschen Heeres, für die das deutsche Volk seinem Führer und Hermann Göring »unermeßlichen Dank« schulde⁸¹. Immerhin verfügte das Großherzogtum über 38 Hochöfen, 4 Thomasstahlwerke, 2 Siemens-Martin- und Elektrostahlwerke sowie über 4 Walzwerke, die »unverzüglich für die deutschen Bedürfnisse eingesetzt werden« konnten⁸². Der zusammenfassende Bericht des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes für das erste Quartal des Jahres 1940 skizziert wohl am überzeugendsten die

neue ökonomische Situation mit den folgenden zusammenfassenden Sätzen: »Die durch die militärischen Erfolge im April/Juni 1940 erreichte *Verbesserung der Rohstoff-Basis der deutschen Kriegsrüstung* – Vorräte, Bodenschätze, Verarbeitungsstätten – hat naturgemäß auf den meisten Gebieten eine entscheidende Entlastung herbeigeführt . . . Die neubesetzten Gebiete im Westen brachten einen wesentlichen Zusatz an Erzeugungskapazitäten, so Eisenerzgewinnung in Lothringen und Luxemburg, Eisen- und Stahlerzeugung in Belgien und Luxemburg, so daß die erhöhten Stahlanforderungen für das 4. Quartal 1940, wenn auch nicht 100%ig, so doch zum größten Teil erfüllt werden konnten⁸³. Im Jahre 1941 werden weitere Erhöhungen möglich sein. Das Ausmaß der eingetretenen Erleichterung der Versorgung hängt von dem Tempo und dem Ausmaß der Wiederinbetriebsetzung der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Produktionsanlagen im besetzten Gebiet ab⁸⁴.«

Die Eroberung Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande trug des weiteren zur Behebung des Arbeitskräftemangels innerhalb der deutschen Kriegswirtschaft bei. Die gefangenen belgischen Soldaten wurden nach Flamen und Wallonen getrennt, und während die Flamen in den heimischen Produktionsprozeß entlassen wurden, kamen die Wallonen weitgehend in Deutschland selbst zum Arbeitseinsatz. Auf ausdrücklichen Befehl Hitlers waren die holländischen Kriegsgefangenen rasch wieder auf freiem Fuß, um im Dienste der deutschen Rüstungswirtschaft den Wiederaufbau ihrer Heimat zu betreiben und für die Ingangsetzung und Normalisierung des Wirtschaftslebens zu sorgen. War dieses Nahziel einmal erreicht, dann bestand die Möglichkeit, die Produktionskapazitäten in den Niederlanden beträchtlich auszuweiten und kriegswirtschaftliche Aufträge gezielt nach Holland zu vergeben. Hatte es nach Presseangaben des Reichskommissars für die Niederlande im Juni 1940, also knapp vier Wochen nach dem deutschen Einmarsch, noch rund 321 800 Arbeitslose gegeben, so gelang es bis Ende des Jahres, diese Zahl auf ca. 145 000 zu reduzieren, wobei annähernd 100 000 Holländer im Deutschen Reich beschäftigt wurden⁸⁵.

Allerdings hat es nicht an Stimmen gefehlt, die über die augenblickliche Verbesserung der ökonomischen Situation Deutschlands hinaus die Okkupation der besagten Territorien à la longue als eine wirtschaftliche Fehlkalkulation bezeichneten, weil sie auf einer falschen Kosten-/Nutzen-Analyse basiere. Die Aufrechterhaltung der Neutralität der drei Staaten, so argumentierten namhafte Militärs und Wirtschaftspolitiker, hätte diese im Verlauf der englischen Blockade zwangsläufig in immer engere wirtschaftliche Beziehungen und Abhängigkeit zum Reich gebracht, dessen Hauptinteresse sich auf die durch die Blockade ohnehin nicht mehr zu beschaffenden Rohstoffe aus den Kolonien konzentriert habe.

Eine solche Sicht des Geschehens läßt zwei Kriterien zur Beurteilung der nationalsozialistischen Kriegspolitik unbeachtet: einmal das militärstrategische Konzept und zum anderen das ökonomische und machtpolitische Langzeitprogramm. Zum ersten äußerten sich im Spätsommer 1940 die Monatshefte für auswärtige Politik, wenn sie in einem Rückblick auf »Ein Jahr Wirtschaftskrieg« die positive militärische Lage auf die frühzeitige Erkenntnis des Gewichtes zurückführten, welches »den wirtschaftlichen Dingen im Kriege zukommen« mußte⁸⁶. »Die deutsche Auffassung, wonach der *kraftvolle* und *kombinierte* Einsatz der *wirtschaftlichen* und *militärischen* Mittel den Sieg verbürgt(en)«, habe »sich somit als richtig erwiesen«⁸⁷. Bereits im Februarheft der Zeitschrift, also noch vor Beginn des Westfeldzuges, wurde in einem Leitartikel die Aufgabe der zukünftigen Kriegführung definiert, nämlich »Wirtschaftsräume (abzustecken), die dem Zugriff der Flottenhegemonie anderer entzogen sind, und genügend Rohstoffe und Nahrungsmittel in der nötigen Auswahl aufweisen, um einen totalen oder Sanktionskrieg gegen einen derartigen Raum als unmöglich oder mindestens äußerst zeitraubend erscheinen zu lassen. Die erfolgreiche Schaffung solcher

standfester Lebensräume würde zwischen diesen und den maritimen Hegemonialmächten eine wirtschaftliche und diplomatische Ebenbürtigkeit herstellen, die wahrscheinlich für den Aufbau einer gesunden Welt eine unerläßliche Vorbedingung«⁸⁸ sei.

In diesen Sätzen enthüllt sich die ökonomische Motivation des Überfalles auf die neutralen westlichen Staaten, nämlich Abschneiden Großbritanniens von einem wichtigen Ergänzungsmarkt bei gleichzeitiger Erweiterung des deutschen wirtschaftlichen Lebensraumes. Diese Erweiterung hatte Hitler vor 1933 ausschließlich im Osten, vornehmlich in Rußland projektiert, um der deutschen Wirtschaft »ein inneres Absatzgebiet (zu) erschließen, daß sie langsam . . . dem Geraufe um den sogenannten Platz an der Sonne in der übrigen Welt«⁸⁹ durch Schaffung eines autarken Großraumes entziehen sollte. Realisieren ließ sich eine solche Idee letztlich nur durch den von den Nationalsozialisten immer kalkulierten Krieg, auf den man sich seit 1933 mit allen wirtschaftlichen Kräften unter Hintansetzung aller sonstigen ökonomischen und sozialen Bedürfnisse konzentrierte. Aber schon 1934 war das NS-Regime zur Einsicht in die zu schmale ökonomische Basis des Reiches zur Finanzierung der Aufrüstung im geplanten Umfang und zur Sicherstellung der Bevorratung im Kriege genötigt. »Ein Staat« aber, so warnte ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler, »der im Kriegsfall nicht die materiellen Mittel hat, seine Einwohner selbst mit den lebenswichtigen Gütern zu versorgen und die Kriegswerkzeuge zu beschaffen, wird notwendig in die Gefahr kommen, den Krieg zu verlieren«⁹⁰.« Wollte man den wirtschaftlichen Zusammenbruch unter Beibehaltung des rüstungswirtschaftlichen Kurses abwenden, dann hatte man, ehe es zu einem Konflikt mit der UdSSR kam, unter rücksichtsloser Ausnutzung aller inländischen Ressourcen an Roh- und Werkstoffen in einer kurzwährenden übermäßigen wirtschaftlichen Anstrengung auf eine militärische Intervention zwecks partieller Ausdehnung der ökonomischen Grundlage hin zu rüsten, die wiederum ausreichend Substanz für erneute Rüstungsinitiativen im Blick auf das Endziel des autarken Großraumes bieten mußte.

Es nimmt daher nicht wunder, daß sich in der Reaktion auf erste Krisenerscheinungen innerhalb des nationalsozialistischen Wehrwirtschaftssystems allenthalben Stimmen erhoben, die die Hitlersche, auf Osteuropa ausgerichtete Großraumvorstellung um eine westeuropäische Dimension erweitert wissen wollten. Der Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Predöhl, sprach schon 1934 von der Nichtidentität des deutschen Staatsraumes mit dem deutschen Wirtschaftsraum⁹¹, welcher durch ein Präferenzsystem mit Deutschlands neutralen Nachbarn erheblicher Erweiterung bedürfe⁹². Und das offizielle NS-Wirtschaftsorgan, Die deutsche Volkswirtschaft, beschwor bereits 1934 die militärische Entwicklung des Jahres 1940 herauf, wenn es forderte, »daß die notwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, die in unserem Lande nicht vorhanden sind, . . . in erster Linie dort gekauft« werden sollten, »wo sie im Falle von Verwicklungen im Bereich der eigenen Waffen« lägen⁹³. Amtlicher- und industriellerseits angestellte Erhebungen über die wirtschaftliche Potenz der einzelnen europäischen Staaten prognostizierten den Wert der im Kriegsfall vermutlich neutral bleibenden oder mit Deutschland verbündeten Nachbarländer. In Auswertung dieser Studien kam das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront, also eine amtliche Institution, zu folgenden Ergebnissen: 1. »daß die europäische Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion gedeckt ist, wenn der Einfuhrbedarf Englands (und Frankreichs) außer Betracht bleibt«. 2. Nicht ganz so ausgeglichen erschien die Bilanz bei den Rohstoffen. Denn hier überstieg der europäische Bedarf ohne England und Frankreich immer noch die eigenen Vorkommen, doch nur um die Menge, die man in friedlichen Zeiten für die Exportproduktion nach Übersee benötigte, die aber im Falle einer englischen Seeblockade ohnehin stillstand⁹⁴.

Als sich der Polenfeldzug zu einem großen Krieg von nicht absehbarer Dauer auszuweiten drohte, vermochten die gesamtwirtschaftlichen und speziell rüstungsökonomischen Verhältnisse des Dritten Reiches den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in keiner Weise Rechnung zu tragen, und die Verantwortlichen entschlossen sich zur territorialen Expansion zwecks Absicherung eines relativ geschlossenen europäischen Wirtschaftsraumes, solange der deutsche Rüstungsvorsprung dies noch gestattete. Die nötigen Vorbereitungen hierzu setzten gleich im September 1939 mit der Gründung der »Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft« ein, pro forma ein eingetragener Verein, in Wirklichkeit eine regierungs- und parteiamtliche Einrichtung, an deren Spitze der führende NSDAP-Wirtschaftsideologe Werner Daitz stand, und deren innerer Vorstand sich aus fünf Staatssekretären und hohen Repräsentanten von Wirtschaft, Wehrmacht und Behörden rekrutierte. Die Gesellschaft wußte sich zu nichts Geringerem verpflichtet, als die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um »zu einer innerkontinentalen Intensivierung, Planung und Abstimmung der nationalen Wirtschaften aufeinander« zu kommen. »Dieser Prozeß der großraumwirtschaftlichen Neuordnung Europas« sollte sich zunächst noch »unter voller Wahrung« der »politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit« der beteiligten Völker und Staaten vollziehen. Doch es war unzweideutig »Deutschland«, das, »in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, . . . dem Gedanken und der Notwendigkeit einer kontinental-europäischen Großraumwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen« hatte⁹⁵. Die Okkupation der späteren Benelux-Länder führte diesem Ziel entgegen. Jedenfalls zeichnete sich für das Auswärtige Amt bereits Ende Mai 1940 »die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab«, dem neben Großdeutschland mit Böhmen/Mähren und Polen als wirtschaftlichem und politischem Zentrum, Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark und Norwegen angehören mußten. In der Wilhelmstraße riet man, »bald zur endgültigen und letzten Form des wirtschaftlichen Anschlusses, der Wirtschaftsunion«, zu schreiten⁹⁶. Unter diesem Aspekt war denn auch die Aufgabe des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete laut Führer-Anweisung unmißverständlich formuliert. Sein Auftrag verstand sich »in erster Linie (als) ein politischer mit dem Ziele, die niederländische Bevölkerung für den Gedanken einer Einordnung der Niederlande in den großdeutschen und europäischen Wirtschaftsraum zu gewinnen«⁹⁷. In den verschiedenen Ministerien und Dienststellen gediehen konkrete Pläne einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung eines Nachkriegs-Europa unter deutscher Führung. Erste Schritte in die genannte Richtung unternahm Göring bereits Mitte Juni 1940, indem er den Reichswirtschaftsminister beauftragte, konkrete Vorschläge für eine Kontinental- und Großraumwirtschaft auszuarbeiten⁹⁸. Funk ging in einem ersten Memorandum davon aus, »daß die Eingliederung der besetzten Gebiete in die großdeutsche Wirtschaft und der Neuaufbau einer europäischen Kontinentalwirtschaft unter deutscher Führung . . . durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen, mit denen sofort begonnen werden soll(te) und zum Teil auch schon begonnen worden« war, erreicht werden müsse⁹⁹. Vorbilder für den angestrebten Großraum gaben die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland ab, wobei der Zusammenschluß, je nach der Intensität der bereits bestehenden Wirtschaftsverbindungen und je nach der geographischen Lage der einzelnen Staaten, auf unterschiedliche Weise erfolgen sollte. »Staaten, die Deutschland wirtschaftlich ergänz(t)en oder ihrer wirtschaftlichen Struktur nach ihm« nahestanden, mußten mit dem Dritten Reich weitgehend vereinigt werden. Das galt »vor allem für die nordischen Staaten sowie für die Niederlande, Belgien und Luxemburg«¹⁰⁰.

Göring stimmte den von Funk unterbreiteten Vorschlägen zu, die darin bestanden, »daß während des Krieges die Erzeugung von Nahrungsmitteln und kriegswichtigen

Gegenständen . . . zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft nach den Zielsetzungen des Vierjahresplans auf das höchstmögliche Maß gesteigert« wurden. »Für die Nachkriegszeit« kam es darauf an, »den wirtschaftlichen Machtbereich Deutschlands in Europa und der übrigen Welt soweit als möglich zu erstrecken«. Ihm lag daher besonders daran, »daß noch vor Ende des Krieges eine möglichst intensive Durchdringung der holländischen und belgischen Wirtschaft durch deutsches Kapital auf breiter Grundlage angestrebt und umgekehrt holländischen und dänischen Interessenten Gelegenheit zu wirtschaftlicher Betätigung und zur Anlage ihres Kapitals in Deutschland eröffnet« wurde »mit dem Ziel, in kürzester Zeit eine wechselseitige Wirtschaftsverflechtung und Interessenbindung zwischen Deutschland und diesen Ländern zu schaffen«¹⁰¹. Dem im Sommer 1940 beim Generalkommissar für Finanz und Wirtschaft in den Niederlanden eingerichteten »Referat für besondere wirtschaftliche Angelegenheiten« oblag es daher z. B., die zuständigen Stellen der Besatzungsbehörden und des Reiches über die finanzielle Situation holländischer Firmen zu unterrichten und sie in Fragen der Kapitalverflechtung zu beraten¹⁰².

In der deutsch-luxemburgischen Zollunion fanden diese Bestrebungen ihren ersten praktischen Niederschlag, ihren theoretischen in der kaum überschaubaren Flut wirtschaftswissenschaftlicher und politischer Literatur zur europäischen Neuordnung. Der Reichswirtschaftsminister unterbreitete seine Vorstellungen sogar einer internationalen Journalistengruppe¹⁰³, sah sich dann aber auf Druck der Reichskanzlei zu umfangreichen Dementis gezwungen¹⁰⁴. Auch die mit zahlreichen Schriften bekannter Politiker und Wirtschaftsprofessoren an die Öffentlichkeit drängende »Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft« erhielt einen publizistischen Maulkorb mit der Begründung, ihre Aufgabe bestehe in der stillen Erarbeitung der Grundlagen einer europäischen Großraumwirtschaft, nicht aber in deren im Ausland unnötig Beachtung findender Proklamation.

Dieser auf Deutschland ausgerichtete europäische Wirtschaftsraum blieb nach nationalsozialistischer Auffassung solange ein Torso, wie er den von Hitler in seinen programmatischen Schriften anvisierten Lebensraum im Osten nicht mitumfaßte. Denn, so hieß es in einer Denkschrift der genannten Gesellschaft, datiert drei Tage nach der belgischen Kapitulation, »eine kontinental-europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung muß in ihrem letzten Friedensziel sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern umfassen, mit ihren natürlichen kolonisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein«¹⁰⁵. Der künftige deutsche Kolonialbesitz, aber auch die Kolonialwirtschaften Hollands und Belgiens sollten die Grundlagen der Autarkie bilden. Den mitteleuropäischen Großraum unter Einschluß Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande werteten die Nationalsozialisten gleichsam als die ökonomische Plattform, von der aus man – ernährungs- und rüstungswirtschaftlich vermeintlich gesichert – die Expansion nach der UdSSR betreiben konnte. »Wenn seit dem Sommer 1940«, so liest man in einer neu gegründeten Zeitschrift mit dem bezeichnenden Titel »Das Neue Europa«, »sich die kontinentaleuropäische Wirtschaftsordnung immer deutlicher in ihren Umrissen abzeichnet, dann hat die militärische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich diese Einheit . . . auch dem letzten Laien bewußt werden lassen«¹⁰⁶. Fortan glaubte man, ohne besondere Hervorhebung des deutschen Hegemonialanspruches einfach von »Europa« sprechen zu können, denn nach nationalsozialistischer Auffassung ergab sich »die deutsche Führung . . . ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geographischen Lage«¹⁰⁷.

Tatsächlich erlebte Belgien 1942 die »vollständige Einbeziehung seiner Wirtschafts-

und Arbeitskraft in die« – so die nationalsozialistische Formulierung – »dem europäischen Kontinent durch den Krieg aufgezwungenen Aufgaben«. Die belgische Industrie arbeitete im Wege einer vom Dritten Reich systematisch betriebenen Auftragsverteilung »weitgehend für deutsche Rechnung«¹⁰⁸. Seit April des Jahres wickelte sich aufgrund eines von der Reichsbank mit der Nederlandschen Bank getroffenen Kursabkommens zwischen Holland und Deutschland ein freier Zahlungsverkehr ab, der die »grundlegende Voraussetzung für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet« schuf¹⁰⁹. So erweisen sich die Motive zur Okkupation Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande nur vordergründig als von strategischer Natur im Blick auf den Krieg gegen Frankreich und Großbritannien, wenn auch die westlichen neutralen Staaten in deutscher Hand eine empfindliche Störung der britischen Nahrungsmittel- und Fertigwaren-Importe und eine erhebliche momentane Stärkung der deutschen Wehrwirtschaft bedeuteten. Die Invasion erfährt ihre umfassende Erklärung erst vor dem Hintergrund des deutschen wirtschaftlichen und speziell rüstungsökonomischen Desasters des Jahres 1939. In der Überzeugung, den mit Frankreich und der UdSSR gewollten Krieg aus einer belagerten, von der Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland abhängigen Festung heraus führen zu müssen, hatten die Nationalsozialisten den Versuch unternommen, ihre Wirtschaft weitgehend unabhängig von ausländischen Importen, autark zu gestalten. Im Zuge der forcierten Aufrüstung sollten sich aber sehr bald die Grenzen der Selbstversorgung trotz rentabilitätswidriger Rohstoffgewinnung und Ersatzstoffproduktion zeigen. Staatliche Wirtschaftslenkung seit Ende 1934 durch den sogenannten Neuen Plan Schachts und die Anstrengungen mittels des seit 1937 wirksamen Vierjahresplanes führten das Dritte Reich aber nicht auf die Höhe des Rüstungsstandes, der zur Erweiterung des Rohstoff- und Absatzmarktes nach Osten mit militärischen Mitteln notwendig war. Da Hitler den einmal gesteuerten Kriegskurs aber unter allen Umständen beizubehalten gewillt war, es sich aber als unmöglich herausstellte, »ein vernünftiges Gleichgewicht zu schaffen: einmal zwischen der Herbeischaffung der notwendigen Rohstoffe, um sowohl im vollen Umfang aufzurüsten als auch daneben die umfangreichen Anlagen für die Ersatzstoffindustrie zu erstellen – und andererseits dem Rückzug aus dem Außenhandel«, führte die rüstungswirtschaftlich bedingte Autarkie »zwangsläufig zu Großraumpolitik und Imperialismus«¹¹⁰. Die Rheinlandbesetzung, die Angliederung Österreichs und der territoriale Zuwachs aus dem ehemaligen tschechoslowakischen Staatsgebiet vermochten die prekäre Wirtschaftslage vorübergehend zu bessern. Der Entschluß, 1938/39 die letzten Devisen zu Rohstoff- und Nahrungsmittelleinkäufen und die vorhandenen Reserven im sogenannten Schnellplan zu einer letzten rüstungswirtschaftlichen Anstrengung zu verwenden, war zwangsläufig gekoppelt mit dem Entschluß zum Krieg, weil ansonsten die Wirtschaft des Dritten Reiches zusammengebrochen wäre. Die temporäre und lokale Ausweitung des Polenfeldzuges, der abermals eine Auffrischung der wirtschaftlichen Ressourcen bringen sollte, zwang die Machthaber des Dritten Reiches, vor dem Waffengang mit Frankreich und Großbritannien, unter Umständen auch im Zusammenhang mit diesem, ihre ökonomische Basis zu erweitern und zu stabilisieren, um diese Auseinandersetzung bestehen zu können. Luxemburg, Belgien und die Niederlande gaben neben Dänemark und Norwegen das geeignete Terrain ab. Diese Staaten bildeten über diesen momentanen Effekt hinaus wichtige Steine im Mosaik einer europäischen Verbundwirtschaft, die die Befreiung aus der Festungssituation bringen sollte. Man darf daher die westlichen neutralen Staaten nicht allein in ihrer ökonomischen Einzelbedeutung werten, sondern muß sie im Zusammenhang mit der Besetzung Dänemarks und Norwegens sehen, die darauf hinauslief, daß nun auch Skandinavien mit seinen wichtigen Rohstoffen, ebenso wie die früher handelspolitisch eng mit Großbritannien verbundenen baltischen Staaten, in ihren ökonomischen Be-

ziehungen vornehmlich auf Deutschland ausgerichtet wurden. Rechnet man hinzu, daß die UdSSR vertraglich festgelegte Rohstoffe als Äquivalent für nicht verfügbare Güter aus den belgischen und niederländischen Kolonien lieferte, Südosteuropa mit seiner landwirtschaftlichen Überproduktion und mit seinem Erdöl aufgrund einer skrupellos-konsequenten deutschen Wirtschaftspolitik weitgehend in der Abhängigkeit von Berlin lebte, dann verfügte das Dritte Reich nach der Okkupation Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande über einen nahezu geschlossenen *cordon économique*, so daß Reichsaußenminister Ribbentrop resümierte: »Militärisch unangreifbar und wirtschaftlich gesichert, können wir unseren Erdteil politisch organisieren, als ob Frieden wäre. Tatsächlich aber könnte Europa heute, wenn es sein müßte, einen 30jährigen Krieg führen, ohne daß unser Kontinent dadurch jemals in ernste Gefahr geraten würde¹¹¹.«

In der Euphorie der ersten Blitzkriegserfolge begnügte man sich nicht nur mit der wirtschaftlichen Nutzbarmachung der besetzten Territorien für die weitere Kriegführung; man hatte bereits die Neugestaltung Europas nach einem – vermeintlich kurz bevorstehenden – Frieden im Auge. In einem Interview vom Sommer 1940 äußerte sich Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk über die neue europäische Wirtschaftsordnung der Zukunft, die dergestalt zu verwirklichen war, »daß wir nach der siegreichen Beendigung des Krieges diejenigen Methoden in der Wirtschaftspolitik zur Anwendung bringen werden, die uns die großen wirtschaftlichen Erfolge vor dem Kriege und insbesondere auch im Kriege gewährleistet haben, und daß wir nicht daran denken, das unregelmäßige Spiel der Kräfte wieder wirksam werden zu lassen, durch das die deutsche Wirtschaft in die größten Schwierigkeiten gekommen ist«. Dabei setzte er voraus, daß von den nationalsozialistischen »Methoden nicht nur die großdeutsche Wirtschaft, sondern auch alle Wirtschaften Europas, die mit Deutschland auf Grund der natürlichen Grundlagen in engen Handelsbeziehungen stehen, Nutzen haben« würden¹¹².

Wenn die »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« – übrigens ein im Dritten Reich geprägter Terminus –, nach 1945 unter veränderten wirtschaftspolitischen Vorzeichen und Zielen geboren, nicht nur unter erheblichen Geburtswehen zu leiden hatte, sondern auch heute noch mit nationalen Vorurteilen ringt, und wenn die osteuropäischen Staaten ihrer Verwirklichung mit großer Kritik und Skepsis gegenüberstehen, dann resultieren diese Tatbestände sicher nicht *allein*, aber *auch* aus dem Wissen um den vom nationalsozialistischen Deutschland erhobenen hegemonialen Anspruch in Europa.

Anmerkungen

¹ Vgl. u. a. Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner. Hrsg. von E. Wagner. München, Wien 1963, S. 113 (zit. Der Generalquartiermeister).

² Vgl. H.-A. Jacobsen: Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940. Wiesbaden 1957.

³ Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940. Hrsg. von H.-A. Jacobsen. Göttingen, Berlin, Frankfurt a. M. 1956, S. 6 (zit. Jacobsen: Dokumente).

⁴ Vgl. F. Zipfel: Hitlers Konzept einer »Neuordnung« Europas. Ein Beitrag zum politischen Denken des deutschen Diktators. In: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für H. Herzfeld zum 80. Geburtstag. Hrsg. von D. Kurze. Berlin 1972, S. 154–174.

⁵ E. Calic: Ohne Maske. Hitler-Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt a. M. 1968, S. 88.

⁶ H. Rauschning: Gespräche mit Hitler. Zürich, Wien, New York 1940, S. 116.

⁷ Hervorhebung durch den Verfasser.

⁸ F. W. Heinz: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des Soldatischen Nationalismus. Berlin 1933, S. 9. Zit. nach P. Kluge: Nationalsozialistische Europaideologie. In: Frankfurter Historische Abhandlungen. Bd 8. Wiesbaden 1974, S. 188–222, hier S. 193.

- ⁹ Protokoll eines Vortrags von Raeder, 23. 10. 1939, in Anwesenheit von Keitel, bei Hitler. Zit. nach Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945. Hrsg. von G. Wagner. München 1972, S. 36–37, hier S. 37 (zit. Wagner).
- ¹⁰ Vorüberlegungen zu den Problemen der Wirtschaftskriegführung und zur Schaffung einer einheitlichen Führungsorganisation der Seekriegsleitung vom Herbst 1939. Ebd., S. 38–42, hier S. 38.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Ebd., S. 39.
- ¹³ Ebd., S. 40/41.
- ¹⁴ Ebd., S. 37.
- ¹⁵ Ebd., S. 40.
- ¹⁶ Ebd., S. 37.
- ¹⁷ Denkschrift und Richtlinien über die Führung des Krieges im Westen, von Hitler verfaßt am 9. 10. 1939. Zit. nach Jacobsen: Dokumente, S. 5–21, hier S. 8.
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Ebd., S. 10.
- ²⁰ Ebd., S. 12.
- ²¹ Vgl. T. Mason: Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. von F. Forstmeier u. H.-E. Volkmann. Düsseldorf 1975, S. 158–188.
- ²² W. A. Fischer: Gegenblockade. Wirtschaftliche Bemerkungen zum Vormarsch im Westen. In: Ruhr- und Rheinische Wirtschaftszeitung 1940, S. 282.
- ²³ Vgl. G. Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45). Hrsg. von W. Birkenfeld. Boppard a. Rh. 1966, S. 149 (zit. Thomas).
- ²⁴ Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Bd 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940). Stuttgart 1962, S. 93 (zit. Halder).
- ²⁵ Der Generalquartiermeister, S. 94.
- ²⁶ Halder, Bd 1, S. 180.
- ²⁷ Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 4 des Wi Rü-Amtes (Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt), 1. 1. 1940. Bundesarchiv/Militärarchiv (BA-MA) Wo 1–8/55.
- ²⁸ Wagner, S. 156.
- ²⁹ Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 5 des Wi Rü-Amtes, 1. 4. 1940. BA-MA Wo 1–8/55.
- ³⁰ M. Riedel: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft. Göttingen, Frankfurt a. M., Zürich 1973, S. 266 (zit. Riedel: Eisen und Kohle).
- ³¹ Geh. Rede des Oberstlt im Wi Rü-Amt, Petri, 15. 12. 1939, über »Unsere wehrwirtschaftliche Lage«. BA-MA Wi I A 4/123 (zit. Geh. Rede des Oberstlt Petri).
- ³² Thomas, S. 146.
- ³³ Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 3 des Wi Rü-Amtes, 1. 12. 1939. BA-MA Wo 1–8/55.
- ³⁴ Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 4 des Wi Rü-Amtes, 1. 1. 1940. Ebd.
- ³⁵ Geh. Rede des Oberstlt Petri.
- ³⁶ Denkschrift des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe C, Leeb, 11. 10. 1939, über die Aussichten und Wirkungen eines Angriffs auf Frankreich und England und die Verletzung Hollands, Belgiens und Luxemburgs. Zit. nach Jacobsen: Dokumente, S. 80–85, hier S. 84.
- ³⁷ Ebd., S. 84, 85.
- ³⁸ Dies trifft auch für die beiden Standardwerke zur deutschen Besatzungspolitik in den Niederlanden und in Belgien zu. Vgl. W. Wagner: Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges. Boppard a. Rh. 1974; K. Kwiet: Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung. Stuttgart 1968.
- ³⁹ Jacobsen: Dokumente, S. 6.
- ⁴⁰ Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Göring, dem Wi Rü-Amt und der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, 30. 1. 1940. BA-MA Wo 1–8/42.
- ⁴¹ Vgl. Die Wirtschaft des Großherzogtums Luxemburg. Geh. Studie des Oberkommandos der Wehrmacht, 20. 4. 1940; Eisen und Kohle in Belgien-Luxemburg und Holland. Vertrauliche Studie der IG-Farbenindustrie, 25. 5. 1940. BA-MA R 88/vorl. 862; Die wichtigsten Unternehmen der luxemburgischen Schwerindustrie. Geh. Studie der IG-Farbenindustrie, 21. 5. 1940. Ebd. Wi I A 6/5; Luxemburgs Wirtschaftskräfte. Geh. Studie der IG-Farbenindustrie, 17. 6. 1940. Ebd. Wi I A 6/6; Die Wirtschaftsstruktur des Großherzogtums Luxemburg. Studie, nur für den Dienstgebrauch, des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, März 1940. Ebd. Wi I A 6/9 (zit. Studie vom März 1940).
- ⁴² Vgl. Studie vom März 1940.
- ⁴³ Aufzeichnung der luxemburgischen Regierung, etwa Ende 1939. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA). Gesandtschaft Luxemburg 59/15.
- ⁴⁴ Geh. Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, Mai 1938: Die wehrwirtschaftliche Bedeutung West- und Nordeuropas für Deutschland. BA-MA R 88/571.
- ⁴⁵ Die deutsch-belgischen Handelsbeziehungen. Geh. Studie der IG-Farbenindustrie, 1. 7. 1939. BA-MA Wi I A 4/145. Auch im Falle Belgiens waren vor der deutschen Intervention wirtschaftliche Analysen erstellt worden, so über »Wichtige Unternehmen der chemischen Industrie in Belgien«. Vertrauliche Studie der IG-Farbenindustrie. BA-MA Wi I A 4/124; die geh. Expertise des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, Dezember 1939, über »Die Wehrwirtschaftsstruktur Belgiens«. BA-MA Wi I A 4/6.

- ⁴⁶ Zusammengestellt an Hand der offiziellen niederländischen Außenhandelsstatistik. Mitteilungen der Deutschen Handelskammer für die Niederlande. 6 (1940) H. 2, S. 26–28. Ein- und Ausfuhr aus bzw. nach Deutschland einschließlich Ostmark und Sudetengau und ab 1. 7. 1939 auch einschließlich Böhmen, Mähren und Memel. Die Zahlen für die Tschechoslowakei haben nur Gültigkeit für das Jahr 1938 und für die Zeit vom 1. 1. 1939 bis 30. 6. 1939; von diesem Zeitpunkt ab erscheinen die Zahlen für das Protektorat Böhmen und Mähren, wie auch für Memel, unter Deutschland.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Die wehrwirtschaftliche Lage und Bedeutung der Niederlande. Geh. Studie des Wi Rü-Amtes, 26. 11. 1939. BA-MA Wi I A 4/123.
- ⁴⁹ Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Reichsbank, 2. 2. 1940. BA-MA Wi I/107.
- ⁵⁰ Äußerung des AEG-Vertreters im Außenhandelsausschuß des Beirates der Deutschen Reichsbank. Protokoll der 2. Sitzung, 19. 12. 1939. BA-MA Wi I/107.
- ⁵¹ Anl. zum Geh. Bericht Nr. 1 des Wi Rü-Amtes über die deutsche Außenhandelslage, 6. 12. 1939. BA-MA RW 4/vorl. 308.
- ⁵² Aufzeichnung des Verbindungsoffiziers des Wi Rü-Amtes zur Reichsbank, 17. 1. 1940, über die »Außenhandelsbilanz Deutschlands (Entwicklung des Clearing-Verkehrs)«. BA-MA Wi I/107.
- ⁵³ Ebd.
- ⁵⁴ Geh. Rede des Oberstlt Petri.
- ⁵⁵ Geh. Tel. des Staatssekretärs im Ausw. Amt, Weizsäcker, 29. 8. 1939, an Gesandtschaft Luxemburg. PA Büro Staatssekretär. Liechtenstein, Luxemburg.
- ⁵⁶ Tel. von Staatssekretär Bülow, 12. 9. 1939, an Botschaft Brüssel. PA Büro Staatssekretär. Belgien. Bd 1. »Aus besonderen Gründen« – darunter hatte man die seitens Hitler für Ende 1939 geplante Intervention zu verstehen – sollten die »erwähnten Geschäfte« aber »dilatorisch« behandelt werden.
- ⁵⁷ Geh. Schreiben des Ausw. Amtes, 19. 10. 1939, an die Deutsche Botschaft Brüssel. PA Deutsche Botschaft Brüssel – secreta.
- ⁵⁸ Schreiben des Reichswirtschaftsministers, 3. 11. 1939, an das Ausw. Amt. PA Ha Pol Wiehl. Belgien.
- ⁵⁹ Aktennotiz des Ausw. Amtes, 8. 9. 1939, über einen entsprechenden Führerentscheid. Vgl. auch eine entsprechende Erklärung des OKW, 14. 10. 1939. Ebd.
- ⁶⁰ »Der Führer sei der Ansicht«, so heißt es in einer Aufzeichnung des Ausw. Amtes, 14. 12. 1939, »daß man die Waffen den Holländern langsam und in kleinen Partien liefern solle«. Ebd.
- ⁶¹ Aufzeichnung des Ausw. Amtes, 26. 2. 1940. Ebd.
- ⁶² Vermerk des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Ausw. Amtes, Wiehl, 19. 3. 1940. In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D: 1937–1945. Bd 9, 2. Frankfurt a. M. 1962, S. 13–14, hier S. 14 (zit. ADAP, Ser. D. Bd 9,2).
- ⁶³ Weisung Hitlers, 9. 5. 1940. PA Unterstaatssekretär. Belgien, Holland, Luxemburg I.
- ⁶⁴ Anordnungen des OKW, 4. 11. 1939. BA-MA RW 4/vorl. 581.
- ⁶⁵ Aufzeichnung einer Besprechung über die Organisation der Militärverwaltung im Westen, 10. 5. 1940. PA Büro Staatssekretär. Einmarsch in Belgien, Holland, Luxemburg. Bd 1.
- ⁶⁶ Geh. Anordnung Hitlers, 19. 5. 1940. PA Ha Pol Handakten v. Maltzan. Niederlande. Krieg.
- ⁶⁷ Anordnung des OKW, 10. 5. 1940. PA Büro Unterstaatssekretär. Belgien, Holland, Luxemburg I.
- ⁶⁸ Protokoll der 32. Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses des IG-Farben-Konzerns. Zit. nach D. Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Bd 1: 1939–1941. (Ost-) Berlin 1971, S. 163.
- ⁶⁹ Rundschreiben des Vorsitzenden des Kaufmännischen Ausschusses des IG-Farben-Konzerns, 6. 6. 1940, an die Ausschußmitglieder. Ebd., S. 164.
- ⁷⁰ Aufzeichnung über eine Besprechung im Ausw. Amt, 24. 5. 1940, über die aus der Besetzung Hollands sich ergebenden Wirtschaftsfragen. PA Unterstaatssekretär. Belgien, Holland, Luxemburg I.
- ⁷¹ Geschichte der Rüstungsinspektion Niederlande vom 10. 5.–30. 9. 1940. BA-MA Wi I A 5/18.
- ⁷² Diese Mengen waren bis zum 30. 9. 1940 ins Reich abtransportiert worden. Ebd.
- ⁷³ Anordnung des Oberbefehlshabers des Heeres, 10. 5. 1940. PA Unterstaatssekretär. Belgien, Holland, Luxemburg I.
- ⁷⁴ Richtlinien des OKW, 13. 6. 1940, über die wirtschaftliche Ausstattung der besetzten Gebiete. BA-MA Wo 1–8/25.
- ⁷⁵ PA Rechtsabteilung. Völkerrecht, Kriegerrecht Nr. 35. Besetzung westlicher Gebiete (Luxemburg, Belgien, Niederlande) durch Deutschland. Bd 1. Vgl. zur weiteren Entwicklung H. v. Boeckh: Neuordnung der handels- und devisenpolitischen Beziehungen der Niederlande. In: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten. Hrsg. i. A. des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete, Reichsminister Dr. Seyss-Inquart, von M. Frhr. Du Prel. Würzburg 1941, S. 247–255 (zit. Die Niederlande im Umbruch der Zeiten).
- ⁷⁶ Wehrwirtschaftlicher Lagebericht des Wi Rü-Amtes für 1940. BA-MA Wi I F 5/662 (zit. Wehrwirtschaftlicher Lagebericht für 1940).
- ⁷⁷ Halder, Bd 1, S. 31.
- ⁷⁸ H. Kehrl: Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Düsseldorf 1973, S. 190.
- ⁷⁹ Aufzeichnung über eine Besprechung im Ausw. Amt am 24. 5. 1940, über die aus der Besetzung Hollands sich ergebenden Wirtschaftsfragen. In: ADAP, Ser. D. Bd 9,2, S. 351–352.
- ⁸⁰ Der Generalquartiermeister, S. 178.
- ⁸¹ Zit. nach Riedel: Eisen und Kohle, S. 267.

- ⁸² Information für die deutschen Botschaften im Ausland, 15. 5. 1940. PA Ha Pol. Handakten v. Maltzan. Belgien II. Wirtschafts- und Finanzfragen.
- ⁸³ Was bedeutet Luxemburg als Eisenland? In: Technik und Wirtschaft. 33 (1940) 159; P. Weber: Geschichte Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg. Luxemburg ²1948.
- ⁸⁴ Wehrwirtschaftlicher Lagebericht für 1940. Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941. Köln 1974, S. 333–337; F. Baudhuin: L'économie belge sous l'occupation 1940–1944. Bruxelles ²1945. Vgl. M. G. Haupt: Der »Arbeitseinsatz« der belgischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges. Bonn, Phil. Diss. 1970.
- ⁸⁵ Die Neuorientierung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden. Wirtschaftsbericht der Deutschen Handelskammer für die Niederlande über das Jahr 1940. In: Niederlande. Deutsch-Niederländische Wirtschafts-Zeitschrift. 7 (1941) H. 3, S. 13–16. Vgl. den Schlußbericht über den Einsatz der Militärverwaltung in den Niederlanden vom 16.–29. 5. 1940. BA-MA Wi I A 5/4; H. Pfahmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Darmstadt 1968, S. 31–32, mit leicht differierenden Zahlenangaben; E. L. Honize: Foreign Labor in Nazi Germany. Princeton, N. J. 1967; B. A. Sijes: De arbeidsinzet. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland, 1940–1945. s'Gravenhage 1966.
- ⁸⁶ Monatshefte für auswärtige Politik 1940, S. 748.
- ⁸⁷ Ebd., S. 752.
- ⁸⁸ Ebd., S. 83–84.
- ⁸⁹ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Stuttgart 1961, S. 219.
- ⁹⁰ B. Laum: Die geschlossene Wirtschaft. Soziologische Grundlegung des Autarkieproblems. Tübingen 1933, S. 255.
- ⁹¹ A. Predöhl: Staatsraum und Wirtschaftsraum. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 39 (1934) H. 1, S. 1–12.
- ⁹² Ders.: Die Beziehungen zwischen Währung und Handelspolitik. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 97 (1937) 71–84, hier S. 79.
- ⁹³ Die Deutsche Volkswirtschaft. 3 (1934) 482.
- ⁹⁴ Studie des Arbeitswissenschaftlichen Instituts über »Die wirtschaftliche Abhängigkeit der europäischen Neutralen«. BA-MA R 88/vorl. 1531. Vgl. Die ernährungswirtschaftliche Blockadefestigkeit Deutschlands und Kontinentaleuropas. In: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung. 13 (1940) 145–152.
- ⁹⁵ Expertise der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V., September 1939. Bundesarchiv (BA) N 43 II/311.
- ⁹⁶ Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftsabteilung des Ausw. Amtes, Karl Ritter, 1. 6. 1940. In: Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingel. von G. Hass und W. Schumann. (Ost-)Berlin 1972, S. 49–54, hier S. 49 (zit. Anatomie der Aggression).
- ⁹⁷ Aufzeichnung der Reichskanzlei, ohne Datum. BA R 43/677. Vgl. dazu H. Fischböck: Die niederländische Wirtschaft im europäischen Raum. In: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten, S. 243–246.
- ⁹⁸ Erlaß Görings, 22. 6. 1940. BA R 43 II/311.
- ⁹⁹ Schreiben Funks, 6. 8. 1940, an Göring. In: Anatomie der Aggression, S. 79–81, hier S. 80.
- ¹⁰⁰ Vermerk des Reichswirtschaftsministeriums, 9. 7. 1940. BA R 43 II/311.
- ¹⁰¹ Brief Görings, 17. 8. 1940, an Funk. Zit. nach J. Freymond: Le III^e Reich et la réorganisation économique de l'Europe 1940–1942. Origines et Projets. Leiden, Genf 1974, S. 245–246.
- ¹⁰² O. Ullshöfer: Einflußnahme auf Wirtschaftsunternehmen in den besetzten nord-, west- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, insbesondere der Erwerb von Beteiligungen (Verflechtung). Tübingen 1958, S. 66–67.
- ¹⁰³ Inhaltliche Wiedergabe im Deutschen Nachrichtenbüro Nr. 206, 25. 7. 1940. BA R 43 II/311.
- ¹⁰⁴ Überarbeitete Fassung W. Funk: Wirtschaftliche Neuordnung Europas! Sonderdruck aus dem »Südost-Echo«, F. 30, 26. 7. 1940.
- ¹⁰⁵ K. Drechsler, H. Dress, G. Hass: Der Platz Zentraleuropas in der Konzeption der Großraumwirtschaft (Zum Problem der Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus in Europa 1939–1945). In: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«. Nr. 1/2. 1970, S. 2–29, hier S. 6 (zit. Der Platz Zentraleuropas); W. Schumann: Die »Neuordnungs«-Pläne des faschistischen deutschen Imperialismus in Europa. Ebd., Nr. 3/4. 1971, S. 7–44.
- ¹⁰⁶ Das Neue Europa. 1 (1940) H. 16, S. 4.
- ¹⁰⁷ Der Platz Zentraleuropas, S. 6.
- ¹⁰⁸ R. Höllfrisch: Die besetzten belgischen Gebiete. In: Jahrbuch der Weltpolitik 1943, S. 456–464, hier S. 456.
- ¹⁰⁹ F. W. Schoberth: Die Niederlande. Ebd. 1942, S. 279–289, hier S. 286.
- ¹¹⁰ D. Doering: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933–35. Berlin, F. U., Diss. 1969, S. 35/36. Zur Außenhandelspolitik vgl. auch H.-E. Volkmann: Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. von F. Forstmeier u. H.-E. Volkmann. Düsseldorf 1975, S. 81–131.
- ¹¹¹ Rede Ribbentrops, 26. 11. 1941, in Berlin. In: Das Neue Europa. 1 (1941) H. 4, S. 2.
- ¹¹² Auszug aus dem von Funk gegebenen Interview, 26. 7. 1940. In: Europa. Handbuch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des neuen Europa. Hrsg. vom Deutschen Institut für Außenpolitische Forschung. Leipzig 1943, S. 245–246, hier S. 246.